

Lang & Schwarz

Wertpapierhandelsbank AG

Geschäftsbericht

VORWORT DES VORSTANDS
BERICHT DES AUFSICHTSRATS

KONZERNLAGEBERICHT
KONZERNABSCHLUSS
BESTÄTIGUNGSVERMERK
CORPORATE GOVERNANCE

2007

A large, bold, maroon-colored logo consisting of the letters 'L' and 'S' in a stylized, blocky font. The 'L' is on the left and the 'S' is on the right, both sharing a common horizontal base.

Seite

3 Vorwort des Vorstands
5 Bericht des Aufsichtsrats

13 Konzernlagebericht
25 Konzernabschluss
69 Bestätigungsvermerk
70 Corporate Governance

77 Kontakt/Impressum

Vorwort des Vorstands

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Aktionäre,

nach einer sehr guten wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2006 verlief auch das vergangene Geschäftsjahr 2007, trotz eines verschlechterten Marktumfeldes, für die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG (Lang & Schwarz) im operativen Geschäft sehr erfolgreich. Dies ist auf die richtigen strategischen Entscheidungen in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Auf der Basis unserer ausgezeichneten Wettbewerbsposition im außerbörslichen Handel haben wir frühzeitig den Ausbau unserer eigenen Produktpalette betrieben. Das Ergebnis aus Emission und Handel eigener Produkte sowie das

Market Making in diesen eigenen Derivaten auf nationale und internationale Aktien, Indizes, Währungen und Rohstoffe stellt mit TEUR 7.096 in etwa die Hälfte unserer Konzernerträge dar. Im Bereich Designated Sponsoring konnten wir wie avisiert die Zahl der eigenen Mandate innerhalb von 2 Jahren von 12 auf 30 erhöhen.

Insbesondere das Geschäftssegment „TradeCenter“ und hier vor allem der Teilbereich „TradeCenter Eigene Produkte“ sorgte dafür, dass wir das gute Ergebnis des Vorjahres nahezu erreichen konnten. Auch 2008 und in den kommenden Jahren werden wir auf die Entwicklung strukturierter Produkte setzen, interessante Innovationen wie unsere Themenzertifikate oder SFD's für tradingaffine Kunden auflegen. Die Nachfrage nach diesen intelligenten Produkten wächst stetig. Lang & Schwarz kann diese Nachfrage nicht nur durch entsprechende Produkte besonders gut bedienen, sondern durch das Angebot des außerbörslichen Handels eine weitere wesentliche Anforderung der Zielgruppe bedienen: Schnelle Reaktion auch außerhalb der Börsenzeiten. Deshalb muss es auch unser Ziel sein, unsere Wettbewerbsvorteile im außerbörslichen Handel weiter auszubauen. In diesem Geschäftsjahr verzichten wir daher im außerbörslichen Handel auf die Berechnung einer fixen Courtage – mit dem Ziel, uns

André Bütow, Vorstand



Peter Zahn, Vorstand



dadurch weitere Umsatzpotenziale zu eröffnen. Damit fallen zwar kurzfristig, vor allem 2008, sichere Erträge aus. Mittel- und langfristig können wir damit jedoch, auch durch Anbindung von Neukunden, den Handel über Partner- und Direktbanken forcieren, unseren Kunden hinsichtlich Kosten und Preis ein noch besseres Angebot offerieren und werden davon in den kommenden Jahren profitieren. Unsere Stellung im Bereich des außerbörslichen Handels erhöht darüber hinaus nicht nur die Attraktivität unserer eigenen Produkte, sondern sorgt auch für eine ständige Präsenz unserer Bank in den Medien und bei allen kapitalmarktnahen Zielgruppen. Dies ist ein entscheidender Erfolgsfaktor für Lang & Schwarz.

Die Nachwirkungen der Subprime-Krise, das zurückgegangene Vertrauen der Investoren und die Veränderung der Bankenlandschaft, insbesondere in Nordrhein Westfalen, werden den Kapitalmarkt insgesamt und unser Geschäft im Speziellen belasten. Obwohl wir bei entsprechenden Volatilitäten auch im Umfeld insgesamt sinkender Kurse profitieren können, sind die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr nicht zu prognostizieren. Dazu trägt natürlich auch die Sondersituation rund um die EdW bei. Wir haben 2007 Rückstellungen bilden müssen, welche

zusammen mit einer bilanziellen Berücksichtigung latenter Steuern nach IFRS, sogar zu einem negativen Konzern-Jahresergebnis geführt haben. Ohne diese beiden Sondereffekte hätte unser Jahresüberschuss im Konzern TEUR 4.189 betragen.

Das Gesamtverfahren rund um die EdW wird derzeit rechtlich geprüft. Wir, als Vorstand von Lang & Schwarz, halten den derzeitigen Stand der Entschädigungsforderungen, die auf einer Zwangsmitgliedschaft und einem nicht geeigneten Verteilungsschlüssel beruhen, für völlig inakzeptabel und werden hier alle rechtlichen Mittel ausschöpfen.

Mit Blick auf diese aktuellen Rahmenbedingungen gehen wir von einem schwierigen Geschäftsjahr 2008 aus – in dem wir aber ein gutes operatives Ergebnis erzielen wollen, vor allem aber die beschriebenen strategischen Weichenstellungen vornehmen werden, um unsere Marktposition zu festigen. Auf Basis dieser strategischen Aufstellung sehen wir mittel- wie langfristig sehr gute Perspektiven für unser Unternehmen – und damit für Sie als unsere Aktionäre. Wir werden uns dafür wie in den vergangenen Jahren auch 2008 mit ganzer Kraft einsetzen. <>

Der Vorstand



André Bütow



Peter Zahn

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Geschäftsjahr 2007 konnte die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ein gutes operatives Ergebnis erwirtschaften. Allerdings wurde das Ergebnis durch Rückstellungen für mögliche Sonderbeiträge an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) außerordentlich belastet. Auch aufgrund dieser Entwicklung war das Geschäftsjahr 2007 für die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht einfach. Der Vorstand und die Belegschaft haben sich den Herausforderungen jedoch mit großem Erfolg gestellt.

Der Aufsichtsrat hat auch in 2007 seine Aufgaben auf der Grundlage der Gesetze, Satzungen und des Corporate Governance Kodex wahrgenommen. Diesen sind wir insbesondere durch regelmäßige Beratungen sowie durch Kontrolle unsererseits nachgekommen. Der Vorstand ist jederzeit seinen Berichtspflichten dem Aufsichtsrat

gegenüber nachgekommen. Er hat uns im Berichtszeitraum sowohl mündlich als auch schriftlich über die Geschäfts- und die Risikostrategie, die laufende Geschäftsentwicklung, die Finanzlage und über bedeutende Geschäftsvorfälle informiert. Der Aufsichtsrat hat sich dabei stets von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Die Zusammenarbeit zwischen dem Vorstand und dem Aufsichtsrat kann zu jedem Zeitpunkt als vertrauensvoll und förderlich bezeichnet werden.

Arbeit des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG trat im abgelaufenen Geschäftsjahr zu insgesamt fünf turnusmäßigen Sitzungen zusammen. Hierbei waren jeweils alle Mitglieder vollständig anwesend. Darüber hinaus wurde eine anlassbezogene Sitzung abgehalten. In den Sitzungen wurden vor allem folgende Punkte erörtert und diskutiert:

- die wirtschaftliche Entwicklung der Geschäftsbereiche,
- die Risikoberichterstattung des Risikomanagements,
- die Situation des Unternehmens betreffend die EdW, im Speziellen die Erhebung des Sonderbeitrags sowie die Änderung des HGB-Einzelabschlusses für 2006,
- die strategische Ausrichtung der Lang & Schwarz

Wertpapierhandelsbank AG und die Konzernplanungsrechnung.

Bei zustimmungspflichtigen Geschäften haben die Mitglieder des Aufsichtsrats die Beschlussvorlagen eingehend geprüft und verabschiedet.

Auch außerhalb der Sitzungen standen der Vorstand und der Vorsitzende des Aufsichtsrats in regelmäßigem persönlichen sowie telefonischen Kontakt, um sich bei wichtigen Geschäftsvorfällen und wesentlichen Entwicklungen zu beraten.

Jahres- und Konzernabschluss 2007

Wie bereits im vergangenen Jahr wurde die Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft als Abschlussprüfer mit der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG betraut. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die den Prüfungsauftrag entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007 erhalten hatte, bestätigte uns im Vorhinein schriftlich ihre Unabhängigkeit im Sinne des Deutschen Corporate Governance Kodex. >>

Nach Durchführung der Prüfungen erklärte der Abschlussprüfer, dass diese zu keinen Einwendungen geführt haben und dass der Jahresabschluss (HGB) nebst Lagebericht und der Konzernabschluss (IFRS) nebst Konzernlagebericht mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen wurden. Die Abschlüsse sowie die Lageberichte lagen dem gesamten Aufsichtsrat rechtzeitig vor, so dass die Unterlagen eigenen Prüfungen unterzogen werden konnten und in der Sitzung am 29. April 2008 gemeinsam mit dem Abschlussprüfer besprochen wurden. Der Abschlussprüfer erteilte uns umfassende Auskünfte und stand für anstehende Fragen zur Verfügung. Wir stimmen dem Ergebnis der Abschlussprüfung durch den Abschlussprüfer zu und billigen den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Konzernabschluss 2007. Damit ist der Jahresabschluss 2007 der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nach § 172 AktG festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns haben wir uns angeschlossen.

Corporate Governance

Der Aufsichtsrat begrüßt die Empfehlungen des Corporate Governance Kodex. Den vollständigen Bericht zum Thema „Corporate Governance“ sowie detaillierte Informationen entnehmen Sie bitte den Seiten 70 bis 76 dieses Geschäftsberichtes.

In einem nicht ganz einfachen Jahr 2007 war vor allem der Zusammenhalt im gesamten Unternehmen wichtig. Der Aufsichtsrat möchte sich aus diesem Grund ganz herzlich für das hohe Engagement und die ausgezeichnete Arbeit des Vorstands sowie aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedanken. Wir wünschen allen für die anstehenden Herausforderungen in 2008 das nötige Geschick und viel Erfolg. <>

Düsseldorf, im April 2008



Jochen von Ciriacy-Wantrup,
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Seite

8 Konzernlagebericht 20 Konzernabschluss

- 20 Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
- 21 Konzernbilanz
- 22 Konzernkapitalflussrechnung
- 23 Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung
- 25 Konzernanhang
- 68 Entwicklung des Anlagevermögens

69 Bestätigungsvermerk 70 Corporate Governance



Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2007 nach IFRS

der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG,
Düsseldorf

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Konzern Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG (Lang & Schwarz) ist im Umfeld der deutschen und weltweiten Kapitalmärkte tätig. Diese werden von der tatsächlichen sowie erwarteten, nationalen und internationalen gesamtwirtschaftlichen Konjunktorentwicklung wesentlich beeinflusst.

In Deutschland sorgten 2007 ein steigender Außenbeitrag sowie die lebhaftere Investitionstätigkeit erneut für einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes war eine Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,5% zu verzeichnen. Durch die vollzogene Mehrwertsteuererhöhung und die damit verbundenen Vorzieheffekte im Dezember 2006 blieb der private Konsum in Deutschland jedoch schwach. 2007 erlebte die deutsche Wirtschaft nach Januar 1994 die höchste Inflation seit dreizehn Jahren. Im Jahresdurchschnitt stieg die Wachstumsrate der Verbraucherpreise um rund 2,3% gegenüber dem Vorjahr.

Innerhalb der Eurozone blieb die verhalten positive wirtschaftliche Entwicklung trotz anhaltender Immobilienkrise in den USA und zurückgehendem Vertrauen in die Finanzmärkte ungebrochen. Das Bruttoinlandsprodukt konnte mit einem Wachstum von 2,6% den Wert des

Vorjahres nahezu halten. Europaweit blieb der private Konsum ein wesentlicher Wachstumsmotor. Die Inflationsrate lag bei 2,1%.

Markt und Rahmenbedingungen

Nachdem sich der Deutsche Aktienindex in den vergangenen drei Jahren sehr positiv entwickelt hat, war das Jahr 2007 nach einem sehr guten Start durch starke Schwankungen gekennzeichnet. Letztlich konnte der DAX auf Jahressicht dennoch einen Wertzuwachs von 1.470 Punkten oder 22% erreichen und stand am Jahresende bei einer Marke von 8.067 Punkten. Im Gegensatz zu der guten Performance des DAX zeigten der MDAX und der SDAX eine schwächere Entwicklung. Sie blieben mit 4,9% bzw. -6,8% deutlich hinter dem Verlauf des DAX zurück. Der EuroStoxx50, als führende Benchmark in Europa, konnte mit 6,8% ebenfalls nicht das Vorjahresplus von 15,1% erreichen. Die gute Entwicklung des DAX zeigt sich auch im Vergleich mit den USA: Der DowJones beendete das Börsenjahr 2007 mit einer Jahresperformance von 6,4%.

Für den Primärmarkt kann die Deutsche Börse, ähnlich wie im Jahr 2006, eine positive Bilanz ziehen. Insgesamt wurden in Frankfurt im vergangenen Jahr 230 Unternehmen durch alle Segmente hindurch neu gelistet.

International sorgten das niedrige Zinsniveau in den USA und die US-Bankenkrise im Jahr 2007 erneut für einen Abwärtstrend der amerikanischen Währung. Der weltweite Anstieg der Rohstoffpreise setzte sich ebenfalls weiter fort. So lag der Höchstwert pro Barrel Rohöl im Jahr 2006 noch bei 80 US-Dollar. Inzwischen stieg der Preis auf über 109 US-Dollar und lag im Jahr 2007 damit um 36% über dem Vorjahreswert.

Allgemeine Erläuterung zum Unternehmen

Konsolidierungskreis

Zum 31. Dezember 2007 beziehen wir die Lang & Schwarz Gate GmbH als 100%-ige Tochtergesellschaft in unseren Konzernabschluss ein. Die Lang & Schwarz E-World Broker GmbH wurde auf den 27. November 2007 endkonsolidiert, da diese Gesellschaft liquidiert wurde.

Geschäftsaktivitäten

Die geschäftliche Tätigkeit von Lang & Schwarz konzentriert sich auf Dienstleistungen rund um den Kapitalmarkt. Schwerpunkte sind dabei der börsliche und außerbörsliche Handel mit Aktien, Investmentfonds und Derivaten. Darüber hinaus zählen neben dem klassischen Brokergeschäft auch die Beratung und Betreuung beim Going & Being Public, einschließlich der IPO- und Corporate-Finance-Beratung, sowie die Entwicklung strukturierter Produkte zu den >>

Angeboten der Lang & Schwarz AG. Zudem umfasst das Leistungs-Portfolio des Unternehmens das Market Making in Wertpapieren und derivativen Finanzinstrumenten.

Lang & Schwarz beschäftigt zum Jahresultimo 53 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (einschließlich Vorstand). Die Bank ist an den Börsen in Frankfurt, Düsseldorf, Berlin, Stuttgart, Wien (Österreich) sowie auf XETRA und an der EUREX zur Teilnahme am Handel zugelassen. Des Weiteren ist sie Market-Maker auf Quotrix und hat Zugang zu den internationalen Handelsplätzen.

Lang & Schwarz unterscheidet ihre Tätigkeit in zwei Hauptsegmente:

Sales Trading

(früher Financial Services) Hierzu zählt die Orderausführung sowie die Ausführung von aktienhandelsnahen Dienstleistungen als auch die Durchführung von Aktienrückkaufprogrammen börsennotierter Unternehmen und die going- und being-public Beratung.

Als Designated Sponsor stellt Lang & Schwarz in diesem Segment zudem verbindliche An- und Verkaufskurse auf der elektronischen Handelsplattform XETRA. Die Angaben zu den Erträgen dieses Geschäftsbereichs werden nicht wie im Vorjahr separat dargestellt, sondern bei den Primärsegmenten TradeCenter Aktien bzw. Sales Trading ausgewiesen.

TradeCenter

Im TradeCenter bietet Lang & Schwarz den interessierten Anlegern über Partnerbanken den elektronischen börslichen und außerbörslichen Handel für in- und ausländische Aktien an (Segment TradeCenter Aktien). Gleiches bietet das Unternehmen auch für eigene Produkte mit dem Schwerpunkt Hebelprodukten an (Segment TradeCenter Eigene Produkte).

Geschäftsentwicklung 2007

TradeCenter, TradeCenter Aktien

Im abgelaufenen Geschäftsjahr erreichte die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG innerhalb des Geschäftsbereichs TradeCenter Aktien ein Provisionsergebnis von TEUR 1.860. Dies entspricht einer Steigerung von etwa 41% gegenüber dem Vorjahreswert von TEUR 1.317.

Das Handelsergebnis in diesem Segment lag bei TEUR 1.286 nach TEUR 1.484 im Vorjahr. Die Gesamtsumme aus dem Provisionsergebnis (einschließlich anteiliger Designated Sponsoring Fee) sowie dem Handelsergebnis belief sich 2007 auf rund TEUR 3.146. Dies entspricht einem Wachstum von 12%.

Wie bereits im Vorjahr konnte die Anzahl der abgewickelten Trades im Geschäftsbereich TradeCenter Aktien gesteigert werden.

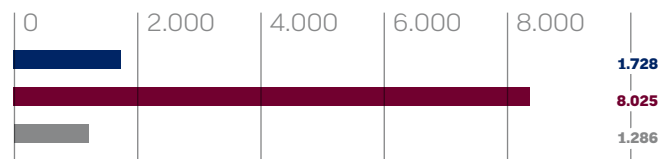
TradeCenter Eigene Produkte

Getrieben unter anderem durch eine hohe Volatilität des DAX und eine hohe Veränderungsrate dieser Volatilität verlief das Geschäftsjahr für das Segment TradeCenter Eigene Produkte insgesamt erfolgreich. Die Anzahl der abgewickelten Trades konnte hier wie bereits 2006 deutlich zulegen. Der Geschäftsbereich konnte 2007 das ausge- >>

PROVISIONSERGEBNIS Wert in TEUR, einschließlich DS

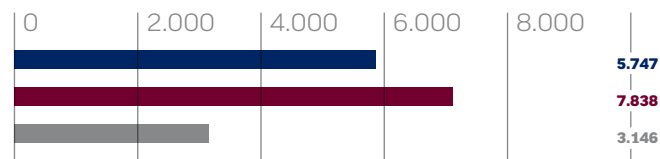
Segmente

Sales Trading	4.019
TradeCenter Eigene Produkte	-186
TradeCenter Aktien	1.860

HANDELSERGEBNIS in TEUR

Segmente

Sales Trading TradeCenter Eigene Produkte TradeCenter Aktien

GESAMTERGEBNIS DER SEGMENTE in TEUR

Segmente

Sales Trading TradeCenter Eigene Produkte TradeCenter Aktien

zeichnete Niveau des Vorjahres halten und erzielte ein Gesamtergebnis aus dem Provisionsergebnis sowie dem Handelsergebnis von TEUR 7.838 nach TEUR 7.790 in 2006. Das Handelsergebnis dieses Segmentbereichs betrug TEUR 8.025 nach TEUR 8.044 im Geschäftsjahr 2006.

Nie zuvor hat die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG so viele Optionsscheine und Zertifikate emittiert wie in 2007. Vor allem Turboprodukte wurden wie bereits in 2006 nachgefragt. Aus diesem Grund wurde die Produktpalette in 2007 um Aktien-Turbos erweitert. Die gestiegene Nachfrage nach unseren Produkten hat das erfolgreiche Bereichsergebnis positiv beeinflusst.

Sales Trading

Nach dem hervorragenden Ergebnis des Vorjahres verlief die Entwicklung im Geschäftsbereich Sales Trading (der frühere Bereich Financial Services) 2007 zufriedenstellend. Zwar konnten die Rekordwerte des Vorjahres nicht ganz erreicht werden, doch liegt das Gesamtergebnis aus dem Provisionsergebnis und dem Handelsergebnis mit TEUR 5.747 weiterhin auf einem guten Niveau. In 2006 erreichten wir hier TEUR 7.058. 2007 belief sich das Provisionsergebnis auf TEUR 4.019, das Handelsergebnis erreichte TEUR 1.728.

Designated Sponsoring (DS)

Erfreulich war für den Konzern die Entwicklung der Mandatsbeauftragung. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Anzahl der eigenen Mandate in Folge zielgerichteter Akquisitionen von 27 auf 32 ausgebaut werden. Die Provisionserträge wurden bis einschließlich 31. Oktober 2007 auf die Geschäftsbereiche TradeCenter Aktien und Sales Trading gleichmäßig aufgeteilt. Seit dem 1. November 2007 erhält der Bereich Sales Trading die vollständige Designated Sponsoring Fee.

Konzernertragslage

Die Provisionserträge wurden 2007 deutlich verbessert – auf TEUR 16.029 nach TEUR 13.033 im Vorjahr. Parallel dazu erhöhten sich auch die entsprechenden Provisionsaufwendungen, die von TEUR 8.819 auf TEUR 10.336 zunahm. Daraus ergibt sich ein Provisionsergebnis von TEUR 5.693. Dies ist eine Steigerung um 35% gegenüber TEUR 4.214 im Geschäftsjahr 2006. Das Handelsergebnis betrug in 2007 TEUR 10.692 gegenüber TEUR 13.603 im vorhergehenden Geschäftsjahr. Dies entspricht einer Verminderung um TEUR 2.911 oder 21%. Neben einer positiven Börsenentwicklung, insbesondere im ersten Halbjahr 2007, konnten wir auch von der regen Order-tätigkeit einzelner Großkunden profitieren. >>

Insbesondere durch die Erhöhung der Rückstellungen für die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen (EdW) im Entschädigungsfall „Phoenix“ um TEUR 3.177 stiegen die Verwaltungsaufwendungen im abgelaufenen Geschäftsjahr um TEUR 2.988 auf TEUR 14.659. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffekts blieben die Verwaltungsaufwendungen damit gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Damit ergibt sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2007 ein Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 1.103 nach TEUR 5.828 im Vorjahr. Insbesondere durch die Minderung von aktiven latenten Steueransprüchen für die künftige Nutzung von Verlustvorträgen sowie aufgrund der Bildung von passiven latenten Steuern für temporäre Differenzen wurden nach IFRS Ertragssteuern von TEUR 1.557 berücksichtigt. Tatsächlich weist die Lang & Schwarz in ihrem HGB-Einzelabschluss nur einen Ertragsteueraufwand von TEUR 91 aus. Das Konzernergebnis der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG sank im Geschäftsjahr 2007 von TEUR 6.966 auf TEUR -454. Hierbei zeigt sich deutlich, dass das anhaltend gute operative Geschäft durch Sonderfaktoren wie die Erhöhung von Rückstellungen (TEUR 3.177) und die Minderung von aktiven latenten Steuern (TEUR 1.657) nach IFRS negativ beeinflusst wurde.

Konzernfinanzlage

Die Liquidität der Konzerngesellschaften der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG war im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit ausreichend. Darüber hinaus war die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens 2007 stets gewährleistet.

Zum Jahresultimo werden liquide Mittel und kurzfristig veräußerbare Vermögenswerte aus aktivischen Handelsbeständen, kurzfristigen Forderungen an Kreditinstitute und sonstigen kurzfristigen Forderungen in Höhe von TEUR 139.082 ausgewiesen. Diesen stehen kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen sowie passivische Handelsbestände in Höhe von TEUR 130.022 gegenüber. Dies entspricht einem bilanziellen Liquiditätsüberschuss von TEUR 9.060. Die Zahlung von Sonderbeiträgen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen könnte die Liquiditätslage der Lang & Schwarz negativ beeinflussen.

Konzernvermögenslage

Die Konzernbilanzsumme der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG belief sich zum 31. Dezember 2007 auf TEUR 145.217 gegenüber TEUR 84.979 im Vorjahr. Im Wesentlichen stiegen die Handelsaktiva um 79% und betragen am Bilanzstichtag TEUR 125.682. Dagegen

verminderten sich auf der Aktivseite der Konzernbilanz die Forderungen an Kreditinstitute von TEUR 8.770 auf TEUR 7.702. Die Finanzanlagen stiegen durch Zuschreibungen auf TEUR 3.438. Die Position der aktiven latenten Steuern ging im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere durch die Verringerung des berechneten Nutzungsvorteils aus steuerlichen Verlustvorträgen um TEUR 1.657 auf TEUR 577 zurück.

Die Handelspassiva stiegen gegenüber dem Vorjahr um rund 87% von TEUR 64.597 auf TEUR 121.039. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen von TEUR 16 auf TEUR 1.061 an. Die sonstigen Rückstellungen wurden u.a. im Zusammenhang mit den Forderungen der EdW für den Sonderbeitrag „Phoenix“ deutlich erhöht und erreichten nach einem Vorjahreswert von TEUR 1.598 zum Ende des Geschäftsjahres 2007 TEUR 5.684. Der Bilanzverlust erhöht sich durch den Jahresfehlbetrag auf TEUR 6.414. Insgesamt verringert sich das Eigenkapital gegenüber dem Vorjahr auf TEUR 13.029.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG haben könnten und über die zu berichten gewesen wäre, liegen nicht vor. >>

Risikobericht

Risikomanagement

Wir tätigen in unseren Geschäftsfeldern insbesondere Handelsgeschäfte in Finanzinstrumenten, bei denen diese direkt vermittelt oder über einen meist kurzfristigen Zeitraum im Eigenbestand gehalten werden. Die Absicherung dieser Wertpapierbestände, offener Options- bzw. Futurekontrakte erfolgt durch gegenläufige Bestände oder Kontrakte oder durch dynamisches Deltahedging. Darüber hinaus halten wir Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen. Der Umgang mit Risiken, wie ein möglicher Verlust oder ein entgangener Gewinn, ist Bestandteil der Gesamtsteuerung durch den Vorstand. Wir haben aus diesem Grund ein zeitnahes Risikomanagement als Risikofrüherkennungs- und -steuerungsinstrument eingerichtet. Die Rahmenbedingungen für den Handel in Finanzinstrumenten sowie das Halten von Beteiligungen an verbundenen Unternehmen sowie das Risikomanagement formuliert der Vorstand in Form von Richtlinien und Arbeitsanweisungen (Organisationsanweisungen). Die in den Rahmenbedingungen enthaltene Geschäfts- und Risikostrategie werden jährlich durch den Vorstand überprüft und geben Art und Umfang möglicher Risikogeschäfte vor. Die frühzeitige Erkennung, Bewertung, Steuerung und Überwachung von Risiken erfolgt unmittel-

bar durch den Vorstand, der hierbei vom Risikocontrolling und der internen Revision unterstützt wird.

Arten von Risiken

Aus der Geschäftstätigkeit heraus wurden als maßgebliche Risiken identifiziert: Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko und operationelles Risiko.

Adressenausfallrisiko

Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass ein Vertragspartner nicht oder nicht fristgerecht leistet oder wir einem Vertragspartner trotz der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet sind. Darüber hinaus besteht das Wertminderungsrisiko aus Beteiligungen. Das Adressenausfallrisiko wird unterteilt in die drei Unterrisiken Kreditrisiko, Kontrahentenrisiko und Emittentenrisiko.

Kreditrisiken betreffen bilanzielle Risiken, welche durch das Beteiligungscontrolling überwacht werden, sowie derivative und außerbilanzielle Risiken, die durch das Risikocontrolling der Handelsgeschäfte überwacht werden.

Unter Risiken des Beteiligungscontrollings fallen die möglichen Wertverluste der Beteiligungen. Insbesondere beobachten wir die Wertentwicklung unserer Beteiligung

an einer Venture-Capital-Gesellschaft. Wenngleich dies eine Risikodiversifizierung bedeutet, beinhaltet diese Beteiligung naturgemäß ein hohes Ausfallrisiko. Unser Ziel ist es, dieses Risiko durch die permanente Überwachung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Venture-Capital-Gesellschaft zu mindern. Auf diese Beteiligung wurden in Summe Abschreibungen vorgenommen. Ob weitere Abschreibungen durchgeführt werden müssen, hängt von den Entwicklungen der einzelnen Beteiligungen der Venture-Capital-Gesellschaft ab.

Die Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft besteht aus einer Kapitalbeteiligung und einer atypisch stillen Beteiligung. Für die atypisch stille Beteiligung wurde eine Werthaltigkeitsgarantie ausgesprochen. Hierfür wurden Rückstellungen gebildet. Eine weitere Zuführung kann nicht ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der atypisch stillen Beteiligung bestehen derzeit unterschiedliche Auffassungen zwischen der Lang und Schwarz und der Venture-Capital-Gesellschaft in der Auslegung der vertraglichen Beteiligungsvereinbarung.

Die Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft ist unter anderem aufgrund der Rechtsform der Gesellschaft nur eingeschränkt veräußerbar. >>

Von untergeordneter Bedeutung sind Kontrahentenrisiken als Risiken des Ausfalls oder der Verschlechterung der Bonität eines Kontrahenten, da nahezu sämtliche Handelsgeschäfte Zug um Zug abgewickelt werden.

Dem Emittentenrisiko als Risiko des Ausfalls oder der Verschlechterung der Bonität eines Emittenten begegnen wir mit unserem Risikomanagement der Handelsgeschäfte. Derivative und außerbilanzielle Risiken werden im Rahmen der Marktpreisrisiken überwacht. Darüber hinaus mindern wir mögliche Klumpenrisiken durch die Einbeziehung von aufsichtsrechtlichen Vorgaben in das Risikomanagement. Wir quantifizieren das Adressenausfallrisiko, soweit es nicht das Handelsgeschäft betrifft, auf Basis der durchschnittlichen Wertverluste vergangener Perioden. Auf den 31. Dezember 2007 bezogen beträgt das tatsächlich zu berücksichtigende Risiko TEUR -266.

Marktpreisrisiko

Marktpreisrisiken sind allgemeine Preisveränderungen von Aktien, Anleihen, Währungen und Rohwaren durch Marktbewegungen. Zu den Marktpreisrisiken zählen Kursrisiken, Zinsänderungsrisiken, Währungsrisiken und Marktpreisrisiken aus Warengeschäften. Als Kursrisiken definieren wir sowohl Risiken aus kurzfristigen Markt-

preisschwankungen als auch Liquiditätsrisiken aufgrund von marktengen Wertpapieren.

Preisrisiko aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen

Risiken aus kurzfristigen Marktpreisschwankungen oder aus Schwankungen einer impliziten Volatilität misst ein zeitnahes Risikocontrolling. Um risikobehaftete Bestände zu beschränken, wird die Einhaltung vom Vorstand vorgegebener Handelslimite kontinuierlich überwacht.

Preisrisiko durch Liquiditätsgänge

Liquiditätsrisiken in Finanzinstrumenten begegnen wir durch die bewusste Auswahl der von uns gehandelten Finanzinstrumente. Darüber hinaus erfolgt die Risikomesung analog der Risiken aus kurzfristigen Marktschwankungen.

Zinsänderungsrisiko im Handelsgeschäft

Zinsänderungsrisiken aus dem Handelsgeschäft bestehen für uns bei zinsabhängigen Produkten. Da die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG Turbo-Optionsscheine auf die Entwicklung von Zinssätzen begibt, bestehen solche Risiken zwar, werden jedoch durch die Organisationsanweisungen limitiert und durch das Risikocontrolling zeitnah gemessen und überwacht.

Währungsrisiko im Handelsgeschäft

Da die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG Turbo-Optionsscheine auf die Entwicklung von Wechselkursen begibt, bestehen grundsätzlich auch Währungsrisiken aus dem Handelsgeschäft. Sie werden jedoch durch die Organisationsanweisungen limitiert und durch das Risikocontrolling zeitnah überwacht.

Die Überwachung sämtlicher Marktpreisrisiken erfolgt vom Handel unabhängig auf der Grundlage von Bestands- und Marktpreisberechnungen sowie Szenarioanalysen. Eventuelle Limitüberschreitungen im Laufe eines Handelstages werden nach den Vorgaben der Richtlinien und Arbeitsanweisungen durch das Risikocontrolling gemeldet. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus täglich über die Einhaltung der Handelslimite auf das Ende eines Handelstages unterrichtet. Weiterhin werden mit Stress-Test-Szenarien starke Schwankungen von Preisindikatoren simuliert und mögliche Ergebnisauswirkungen auf den Handelsbestand berechnet. Die Messung der Marktpreisrisiken für die Risikotragfähigkeitsanalyse erfolgt auf Basis vorgegebener Szenariomodelle. Das negativste Ergebnis einer Szenario-Matrix wird für die Risikotragfähigkeitsanalyse herangezogen. Auf den Bestand zum Jahresultimo ermittelten wir ein zu berücksichtigendes Szenario-Ergebnis in Höhe von TEUR -192. >>

Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiken, die unter die Verfügbarkeit liquider Mittel fallen, bestehen bei der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG aufgrund der bestehenden Finanzausstattung grundsätzlich nicht. Dennoch überwachen wir täglich unsere Liquiditätslage in angemessener Weise und berücksichtigen zudem Liquiditätsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse durch die Berechnung des Zinsschocks.

Operationelles Risiko

Wir unterliegen aufgrund unserer Tätigkeit als Kreditinstitut der Kontrolle verschiedener Aufsichtsbehörden. Vor diesem Hintergrund sind für die künftige Entwicklung der Gesellschaft gesetzliche bzw. aufsichtsrechtliche Änderungen ebenso relevant wie das sich ständig ändernde wirtschaftliche und börsliche Umfeld. Deshalb beobachten und analysieren wir die Rahmenbedingungen, um eine erfolgreiche Entwicklung der Gesellschaft planen und Maßnahmen hierfür umsetzen zu können. In diesem Zusammenhang wurden folgende Risikofelder identifiziert und Maßnahmen zur Risikobegrenzung und -steuerung ergriffen:

Personal

Als Dienstleistungsunternehmen sind wir in besonderem Maße auf ausreichendes und qualifiziertes Personal angewiesen. Die erfolgreiche Personalrekrutierung bleibt zwar auch für das Geschäftsjahr 2008 ein latentes Risiko, dürfte sich jedoch gegenüber den Vorjahren nicht verschlechtern. Zudem sind wir intern bestrebt, unsere Mitarbeiter weiterzubilden und fördern die Ausbildung von qualifizierten Nachwuchskräften. Mit dem Ausscheiden von Mitarbeitern, die leitende Positionen oder Führungsaufgaben wahrnehmen, kann einer Gesellschaft im Einzelfall ein Wissensnachteil entstehen. Wir wirken dem soweit wie möglich entgegen.

EDV

Wir sind in hohem Maße auf die Funktionsfähigkeit und Verarbeitungsgeschwindigkeit unserer Datenverarbeitungs- und Kommunikationssysteme angewiesen. Um die Verfügbarkeit der Systeme jederzeit gewährleisten zu können, wurden alle Kernfunktionalitäten redundant ausgestaltet. Weiterhin haben wir uns gegen den Ausfall der externen Stromversorgung mittels einer unterbrechungsfreien Stromversorgung abgesichert und einen Notfallplan erstellt. Zur Aufrechterhaltung und zur Pflege aller wesentlichen Systeme sind darüber hinaus jederzeit Mitarbeiter des EDV-Bereichs verfügbar.

Markt- und Börsenentwicklung

Im Rahmen unserer Tätigkeit sind wir von der Entwicklung der Wertpapier- und Terminbörsen abhängig, da diese das Anlageverhalten der Kunden und damit unser Provisions- und Finanzergebnis beeinflusst. Diesen Risiken wird durch Maßnahmen zur Kundenbindung, eine hohe Qualität unserer Leistungen und ein auf unsere Kunden zugeschnittenes Serviceangebot begegnet. Im Bereich TradeCenter hat die Vergangenheit gezeigt, dass unsere Kunden in einem insgesamt positiven Markt mehr Handelstätigkeit entfalten und unsere Gesellschaft dadurch ein höheres Handelsvolumen sowie höhere Erträge erzielen kann.

Risiken aus einer Strategie- oder Wachstumsverfehlung

Eine Reihe von Faktoren kann das Erreichen unserer Ziele gefährden. Dazu zählen beispielsweise Marktschwankungen, eine veränderte Marktstellung unseres Unternehmens sowie veränderte Marktbedingungen in unserem Kernmarkt Deutschland. Wenn es der Gesellschaft nicht gelingt, ihre strategischen Pläne umzusetzen oder wenn die Kosten die Erwartungen übersteigen, könnte die künftige Ertragskraft und Wettbewerbsfähigkeit negativ beeinflusst werden. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG könnte zukünftig Markttendenzen und Kundenanforderungen nicht rechtzeitig erkennen oder aus anderen >>

Gründen ihr Wachstum in der Zukunft nicht wie gewünscht fortsetzen. Eingetretene Strategieabweichungen werden im Rahmen einer jährlichen Risikoanalyse ebenso überprüft wie die daraus folgenden Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft.

Wettbewerbsrisiken

Der deutsche Finanzdienstleistungssektor ist durch einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG steht hierbei nicht nur zu anderen Finanzdienstleistungsinstituten, sondern auch zu Kreditinstituten in Wettbewerb. Infolge dessen lassen sich in den einzelnen Geschäftsfeldern oft nicht die gewünschten Margen erzielen. Dieses Risiko wird durch den Vorstand überwacht und ist Bestandteil der täglichen Ergebnisüberwachung sowie der jährlichen Risikoanalyse.

Prospektrisiken

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat Prospekte für die Zulassung von Aktien zum Geregelt Markt (General Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse veröffentlicht und ist im Emissionsgeschäft von Optionsscheinen und Zertifikaten tätig, bei dem ebenfalls Basisprospekte für diese Produkte veröffentlicht werden. Darüber hinaus begleitet die Gesellschaft Unternehmen

beim Börsengang und bei Kapitalerhöhungen und unterzeichnet hierbei ebenfalls Prospekte. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG unterliegt daher der gesetzlichen Prospekthaftung bei Fehlen oder Unrichtigkeit wesentlicher Aussagen in dem jeweiligen Wertpapierprospekt.

Risiken aus der Ergebnisentwicklung

Es wird täglich eine Ergebnisübersicht für die Handelsbereiche erstellt, unterteilt nach Marktsegmenten. Alle nicht am Handelstag geschlossenen Positionen in Derivaten, Wertpapieren oder Devisen werden dabei auf Basis der Mark-to-Market-Methode bewertet. Anhand der täglichen Ergebnisübersicht ist es uns möglich, eine zeitnahe Kontrolle und Analyse der Einzelergebnisse der Marktsegmente und des Gesamtergebnisses vorzunehmen sowie deren Entwicklung zu beobachten. Unser selbst entwickeltes Limit-Kontroll-System unterstützt zudem eine verbesserte Überwachung der Handelsbereiche durch eine automatisierte, vom Handel unabhängige Bestandsbewertung aller Finanzprodukte. Hierauf baut unser jeweils fortlaufend an aktuelle Marktentwicklungen angepasstes Risikomanagementsystem für die Handelsrisiken auf.

Für alle Geschäftsbereiche wird zum Jahresende eine Planungsrechnung auf Monatsbasis für das neue Ge-

schäftsjahr erstellt. Der Soll-Ist-Abgleich der Erträge und Aufwendungen der Planungsrechnung mit den tatsächlichen Geschäftsdaten gibt frühzeitig Aufschluss über die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft.

Im März 2005 wurde durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein Entschädigungsfall durch die Insolvenz der Phoenix Kapitaldienst GmbH (Phoenix) festgestellt. Im Dezember 2007 erhob die EdW erstmals Sonderbeiträge zur Entschädigung von Anlegern der Phoenix in Höhe von TEUR 28.731. Nach dem Sonderbeitragsbescheid der EdW entfallen hiervon TEUR 3.570 auf Lang & Schwarz. In Höhe des geforderten Sonderbeitragsbescheides wurde eine Rückstellung gebildet. Die Zahlung von Sonderbeiträgen an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen könnte die Liquiditätslage der Lang & Schwarz negativ beeinflussen.

Gegen diesen Sonderbeitrag haben wir Widerspruch erhoben sowie Aussetzung der Vollziehung beantragt. Es ist möglich, dass die jährlichen Beitragserhebungen als auch die Sonderbeitragserhebung der EdW bzw. der Sicherungseinrichtung als solche Gegenstand höchstrichterlicher Rechtsprechung im Rahmen eines Bundesverfassungsgerichtsverfahrens sein werden.

Rechtliche Risiken

Rechtsrisiken können durch neue gesetzliche Regelungen, die Änderung bestehender Vorschriften sowie eine geänderte Auslegung von Vorschriften oder schließlich aus vertraglich nicht eindeutigen Formulierungen entstehen. Die Überwachung und Steuerung solcher Risiken übernimmt die Rechtsabteilung der Gesellschaft. Zur Minderung von Rechtsrisiken prüft die Rechtsabteilung sämtliche vertragliche Beziehungen, gegebenenfalls werden rechtliche Beratungsdienstleistungen in Anspruch genommen. Darüber hinaus werden zur Sicherstellung der Beweisbarkeit von telefonischen Handelsaufträgen die Geschäftsgespräche der Händler auf Tonträger aufgezeichnet. Für Kostenrisiken aus Rechtsstreitigkeiten wurde eine Rechtsschutzversicherung abgeschlossen.

Sonstige Risiken

Sonstigen betrieblichen Risiken begegnen wir vor allem durch den Abschluss von Versicherungen. Die Gesellschaft entscheidet über Art und Umfang des Versicherungsschutzes auf der Grundlage einer kaufmännischen Kosten-Nutzen-Analyse. Es kann trotz intensiver Bemühungen jedoch möglich sein, dass Verluste entstehen oder Ansprüche erhoben werden, die über den Umfang des bestehenden Versicherungsschutzes hinausgehen, bzw. für die

keine Versicherung abgeschlossen wurde. Das operationelle Risiko wird für die Risikotragfähigkeit durch die Gesellschaft in ausreichendem Umfang in Anlehnung an die Solvabilitätsverordnung (§§ 269 ff. SolvV) durch den Basisindikatoransatz berücksichtigt. Danach ergeben sich operationelle Risiken in Höhe von TEUR 1.588.

Risikotragfähigkeit

Die Risikotragfähigkeit unseres Unternehmens ist dann nachhaltig sichergestellt, wenn die eingegangenen Risiken ein vorgegebenes Verhältnis (25%) zwischen diesen Risiken und der Risikodeckungsmasse (TEUR 16.449) nicht überschreiten. Wir stellen zur Ermittlung der Risikotragfähigkeit die Risikomasse (Summe der Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und operationellen Risiken) der Risikodeckungsmasse gegenüber. Am 31. Dezember 2007 war die Risikotragfähigkeit nach den internen Vorgaben der Gesellschaft gegeben.

Vergütungsbericht

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von

Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienaushändigungen, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die variable Vergütung bemisst sich auf Basis eines analog nach HGB ermittelten Konzernergebnisses, unter Berücksichtigung von Sondereinflüssen sowie einer Mindestverzinsung des eingetragenen Grundkapitals der Gesellschaft. Von dieser Regelung kann in Sonderfällen abgewichen werden.

Weiterhin ist in den Dienstleistungsverträgen der Vorstände für den Fall, dass nach Ablauf des Beststellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. >>

Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25% des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann – unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte – das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75% der zwischen dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehenden Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrages gezahlt. Bei der Berechnung des 75%-igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitglieds ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

- a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen oder
- b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrats auf die Arbeit des Vorstands im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen.

Die Vergütung an den Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 45 verzichtet.

Weitere Einzelheiten über die Ausgestaltung der Vergütung können dem Anhang unter Abschnitt 37.3 entnommen werden.

Angaben gemäß § 315 Abs. 4 HGB

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat zum 31. Dezember 2007 insgesamt 3.146.000 auf den Namen lautende Stückaktien herausgegeben. Sämtliche Aktien wurden als Stammaktien emittiert. Rechte und Pflichten aus diesen Aktien ergeben sich aus den gesetzlichen Regelungen, insbesondere der §§ 12, 53 a ff., 118 ff. und 186 AktG.

Beschränkungen

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, bestehen nach Kenntnis des Vorstands nicht.

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10% der Stimmrechte übersteigen

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat uns nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 6. Oktober 2006 die Schwelle von 25% überschritten hat und nun 25,06% (788.168 >>

Stimmrechte) beträgt. Davon sind 12,03% (378.168 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ARB Financial Group Plc, Gibraltar/Gibraltar, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3%, 5% und 10% überschritten hat und nun 10,05% beträgt (316.112 Stimmrechte).

Herr Pino Curcio, Gibraltar, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3%, 5% und 10% überschritten hat und nun 10,05 % beträgt (316.112 Stimmrechte). Davon sind ihm 10,05 % nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der ARB Financial Group Plc, Gibraltar/Gibraltar, zuzurechnen. Für weitere Angaben verweisen wir auf unseren Anhang unter Tz. 39.

Inhaber von Aktien mit Sonderrechten

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden durch die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrollen

Soweit Mitarbeiter der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG an der Gesellschaft beteiligt sind, üben diese ihre Stimmrechte unmittelbar aus.

Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes sowie Änderungen der Satzung

Die Mitglieder des Vorstands werden durch den Aufsichtsrat nach Maßgabe des § 84 AktG und nach § 8 der Satzung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bestellt und abberufen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so wird dieses nach Maßgabe des § 85 AktG gerichtlich bestellt. Jede Satzungsänderung bedarf gemäß § 179 Abs. 1 AktG eines Beschlusses der Hauptversammlung, der mit grundsätzlich einfacher Stimmenmehrheit zu fassen ist (§ 133 AktG). Die Befugnisse zu Änderungen der Satzung, welche nur die Fassung betreffen, ist gemäß § 14 der Satzung in Übereinstimmung mit § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG auf den Aufsichtsrat übertragen worden.

Befugnisse des Vorstands insbesondere hinsichtlich der Möglichkeiten, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Nach den Vorgaben des Hauptversammlungsbeschlusses vom 20. Juni 2007 ist die Gesellschaft ermächtigt, eigene

Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG zu erwerben. Die Gesellschaft hat von diesem Recht im Berichtsjahr keinen Gebrauch gemacht.

Regelungen im Hinblick auf die Ausgabe neuer Aktien sind insbesondere im § 6 Nr. 7 und Nr. 8 der Satzung (genehmigtes Kapital I und II) bzw. § 6 Nr. 9 der Satzung (bedingtes Kapital) enthalten. Weitere Angaben hierzu können dem Anhang entnommen werden.

Bedingungen eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes

Es bestehen keine Vereinbarungen hinsichtlich eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebotes. Jedoch bestehen Vereinbarungen für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrages zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25% des Aktienbestandes kommt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf den Vergütungsbericht.

Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft für den Fall eines Übernahmegebots

Entschädigungsvereinbarungen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, die für den Fall eines Übernahmegebots mit den Mitgliedern des Vorstands >>

oder Arbeitnehmern getroffen wurden, die über die im vorstehenden Absatz genannten hinaus gehen, bestehen nicht.

Ausblick

2008 wird der Wirtschaftsaufschwung in Deutschland nach Einschätzung des Instituts für Wirtschaftsforschung (IFO) an Dynamik verlieren. Das Bruttoinlandsprodukt wird nach Meinung der Experten trotz sinkender Arbeitslosenzahlen voraussichtlich nur noch um knapp 1,8% zulegen können. Ausschlaggebend für die vorsichtigen Einschätzungen und zurückhaltenden Prognosen des IFO sind vor allem die angespannte Lage an den internationalen Finanzmärkten und eine mögliche Rezession in den USA. Vor allem die Subprime-Krise in den USA und die damit einhergehende Verschlechterung der amerikanischen Konjunktur könnten sich auch auf das nationale wirtschaftliche Geschehen niederschlagen. Die Auswirkungen der angespannten Börsensituation könnten darüber hinaus zu einer spürbaren Zurückhaltung der Anleger führen und damit negativen Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Die Lang & Schwarz kann in Anbetracht des schwierigen Umfeldes keine Ertragsprognose für das laufende Ge-

schäftsjahr geben. Zielsetzung bleibt es dennoch, trotz der aktuellen Belastung der Kapitalmärkte operativ ein positives Ergebnis zu erzielen. Sonderfaktoren, insbesondere rund um die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsunternehmen, sind jedoch auch für das laufende Geschäftsjahr nicht auszuschließen.

Darüber hinaus wird Lang & Schwarz 2008 strategische Maßnahmen einleiten, um die derzeit gute Marktposition weiter auszubauen und die sich hieraus bietenden wesentlichen Chancen zu nutzen. Hierbei stehen vor allem der außerbörsliche Aktienhandel (TradeCenter Aktien) als auch der Geschäftsbereich TradeCenter Eigene Produkte im Fokus. Durch die neue strategische Ausrichtung des Preismodells im außerbörslichen Handel sehen wir hier gute Chancen, in den kommenden Jahren weitere wesentliche Kundengruppen an die Lang & Schwarz AG und unsere Leistungen zu binden. Darüber hinaus sollen im Bereich TradeCenter weitere innovative Zertifikate entwickelt und aufgelegt werden. Im Bereich Designated Sponsoring konnte die Zahl der eigenen Mandate in der Vergangenheit deutlich gesteigert werden. Dies gilt auch als Zielsetzung für das laufende Geschäftsjahr. Auch der Ausbau des IPO-Geschäfts bietet für den Bereich Sales Tading Chancen. Hier konnten bereits Anfang 2008 für die

Abacho AG eine Kapitalerhöhung erfolgreich durchgeführt und die Borawind AG in den Open Market eingeführt werden.

Insgesamt soll mit diesen strategischen und operativen Maßnahmen die Basis gelegt werden, um bei einer Bereinigung aller Sonderfaktoren mittel- und langfristig die Ertragslage der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG in den kommenden Jahren weiter zu verbessern. <>

Düsseldorf, den 18. April 2008

Der Vorstand



André Bütow



Peter Zahn

Konzernabschluss

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

x 1.000 €

	Anhang	01.01.- 31.12.07	Vorjahr
1. Zinserträge	4	86	268
2. Zinsaufwendungen	4	-1.141	-684
Zinsergebnis	4	-1.055	-416
3. Provisionserträge	5	16.029	13.033
4. Provisionsaufwendungen	5	-10.336	-8.819
Provisionsergebnis	5	5.693	4.214
5. Handelsergebnis	6	10.692	13.603
6. Ergebnis aus Finanzanlagen	7	-239	-27
7. Verwaltungsaufwendungen	8	-14.659	-11.671
8. Sonstige betriebliche Erträge	9	671	125
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.103	5.828
9. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	10	-1.557	1.138
Konzernfehlbetrag (Vorjahr: Konzernüberschuss)		-454	6.966
10. Verlustvortrag		-5.960	-12.926
Bilanzverlust		-6.414	-5.960

	Anhang	01.01.- 31.12.07	Vorjahr
Ergebnis pro Aktie	11		
Konzernfehlbetrag (Vorjahr: Konzernüberschuss)		-454	6.966
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (unverwässert)		3.127.314	3.127.069
Ergebnis pro Aktie in EURO (unverwässert)		-0,15	2,23
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien unter Berücksichtigung des bedingten Kapitals		3.326.002	3.566.544
Ergebnis pro Aktie in EURO (verwässert)		-0,14	1,95

Konzernabschluss Konzernbilanz

zum 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

x1.000 €

AKTIVA	Anhang	31.12.07	Vorjahr
Vermögenswerte			
1. Barreserve	3.8, 12	3	6
2. Forderungen an Kreditinstitute	3.9, 12	7.702	8.770
3. Forderungen an Kunden	3.9, 13	152	36
4. Handelsaktiva	3.10, 14	125.682	70.144
5. Finanzanlagen	3.11, 15	3.438	2.762
6. Immaterielle Vermögenswerte	3.12, 16	793	656
7. Sachanlagen	3.13, 16	394	51
8. Ertragsteueransprüche	3.14, 17	6.390	239
9. Latente Steueransprüche	3.14, 18	577	2.234
10. Sonstige Aktiva	3.15, 19	86	81

145.217 **84.979**

PASSIVA	Anhang	31.12.07	Vorjahr
Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.16, 12	1.061	16
2. Handelspassiva	3.17, 20	121.039	64.597
3. Ertragsteuerverpflichtungen	3.14, 21	394	755
4. Sonstige Rückstellungen	3.18, 23	5.684	1.598
5. Sonstige Passiva	3.19, 24	4.010	4.530
		132.188	71.496
Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	25.1	9.438	9.438
Kapitalrücklage	25.2	9.084	9.172
Gewinnrücklage	25.3	1.031	1.031
Bilanzgewinn/-verlust	25.4	-6.414	-5.960
Eigene Anteile	25.5	-110	-198
		13.029	13.483

145.217 **84.979**

Konzernabschluss Konzernkapitalfluss- rechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

x 1.000 €

	2007	Vorjahr*
Konzernüberschuss vor Ertragsteuern	1.103	5.828
Im Konzernüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Sachanlagevermögens und auf immaterielle Vermögenswerte (ohne Goodwill), auf Finanzanlagen sowie Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden	-419	189
+/- Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	3.985	6.025
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	4.086	-694
-/+ Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-7	5
+/- Sonstige Anpassungen	-21.675	-334
Zwischensumme	-12.927	11.019
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
-/+ Zunahme/Abnahme der nicht zum Finanzmittelfonds zuzurechnenden Forderungen an Kreditinstitute	-90	400
-/+ Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-143	10
-/+ Zunahme/Abnahme Handelsaktiva	-61.078	7.835
-/+ Zunahme/Abnahme anderer Aktiva	-5.965	1.892
+/- Zunahme/Abnahme Handelspassiva	57.909	-24.830
+/- Zunahme/Abnahme anderer Passiva	-38	2.853
+ Erhaltene Zinsen und Dividenden	22.816	1.018
- Gezahlte Zinsen	-1.141	-684
+ Erstattete Ertragsteuern	0	0
- Gezahlte Ertragsteuern	-846	0

Fortsetzung auf Seite 23

* Folgende Vorjahreszahlen wurden aufgrund eines Rechenfehlers angepasst: Konzernüberschuss vor Ertragsteuern, Sonstige Anpassungen, Zunahme/Abnahme anderer Aktiva, Zunahme/Abnahme anderer Passiva, Erhaltene Zinsen und Dividenden, Gezahlte Ertragsteuern.

Konzernabschluss Konzernkapitalfluss- rechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

Fortsetzung von Seite 27

	2007	Vorjahr*
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-1.503	-487
- Auszahlungen für den Erwerb von Finanz- und Sachanlagen	-711	-636
+ Einzahlungen aus der Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen	8	0
+ Einzahlungen aus dem Verkauf konsolidierter Unternehmen	0	0
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-703	-636
+/- Nettoveränderung aus Käufen und Verkäufen eigener Anteile	0	-4
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	-4
Finanzmittelfonds am Ende der Vorperiode	8.733	9.860
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-1.503	-487
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-703	-636
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	0	-4
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.527	8.733
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds		
Barreserve	3	6
täglich fällige Forderungen an Kreditinstitute abzüglich täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute	6.524	8.727
	6.527	8.733

Der Finanzmittelfonds setzt sich zusammen aus der Barreserve und den täglich fälligen Guthaben in laufender Rechnung abzüglich der täglich fälligen Verbindlichkeiten in laufender Rechnung sowie Tagesgeldanlagen- und aufnahmen.

Konzernabschluss Konzerneigenkapital- veränderungsrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

x 1.000 €

	Gezeichnetes Kapital	Kapital- rücklage	Gewinn- rücklagen	Bilanz- verlust	Eigene Anteile	Summe
Anhang	25.1	25.2	25.3	25.4	25.5	
Stand 1. Januar 2006	9.438	9.034	1.031	-12.926	-58	6.519
Konzernüberschuss				6.966		6.966
Veränderung wegen Transaktionen in eigenen Anteilen		138				138
Veränderung eigene Anteile					-140	-140
Stand 31. Dezember 2006	9.438	9.172	1.031	-5.960	-198	13.483
nachrichtlich: Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen nach IAS 1.96 (c)				6.966		6.966
Stand 1. Januar 2007	9.438	9.172	1.031	-5.960	-198	13.483
Konzernfehlbetrag				-454		-454
Veränderung eigene Anteile		-88			88	0
Stand 31. Dezember 2007	9.438	9.084	1.031	-6.414	-110	13.029
nachrichtlich: Summe der erfassten Erträge und Aufwendungen nach IAS 1.96 (c)				-454		-454

Konzernabschluss Konzernanhang

zum Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2007 nach IFRS

1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG unterhält als in Deutschland ansässiges Unternehmen ihren Sitz auf der Breite Straße 34, in 40213 Düsseldorf. Die Kontaktdaten der Gesellschaft sind:

Tel.: +49 (0) 1802 138 138

Fax: +49 (0) 211 13840 90

Internet: www.ls-d.de

Email: public-relations@ls-d.de

Die Hauptaktivitäten des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG sind im Abschnitt Segmentsberichterstattung (Tz. 26) beschrieben. Für die Durchführung dieser, zum Teil erlaubnispflichtigen Geschäftstätigkeiten, wurden der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verschiedene Erlaubnisse nach dem Kreditwesengesetz (KWG) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen erteilt.

Grundlagen der Rechnungslegung

2. Anwendung von neuen und geänderten Standards

2.1 Im laufenden Geschäftsjahr anzuwendende Standards und Interpretationen

Im laufenden Geschäftsjahr 2007 wurde erstmals IFRS 7 (Finanzinstrumente: Angaben) und die damit zusammenhängenden Änderungen des IAS 1 (Darstellung des Abschlusses) angewendet. Diese sind für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2007 beginnen, anzuwenden.

Aus der Anwendung von IFRS 7 und der Änderung von IAS 1 ergaben sich erweiterte Angaben zu in diesem Abschluss dargestellten Finanzinstrumenten des Konzerns und der Steuerung des Kapitals (vgl. u.a.: Tz. 25 und 27 ff).

Darüber hinaus wurden vom IFRIC nachfolgende Interpretationen veröffentlicht, die im laufenden Geschäftsjahr anzuwenden sind:

- IFRIC 7 (Anwendung des Restatement-Ansatzes nach IAS 29 Rechnungslegung in Hochinflationländern),
- IFRIC 8 (Anwendungsbereich IFRS 2),
- IFRIC 9 (Neubeurteilung eingebetteter Derivate) und
- IFRIC 10 (Zwischenberichterstattung und Wertminderung).

Die Anwendung dieser Interpretationen hat zu keinerlei Änderungen der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im Konzern geführt.

2.2 Veröffentlichte Standards und Interpretationen, die noch nicht angewendet werden

Von der vorzeitigen Anwendung der nachfolgenden Standards und Interpretationen wurde zulässigerweise abgesehen:

- IFRS 8 (Geschäftssegmente), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- IAS 1 (überarbeitet) (Darstellung des Abschlusses), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),

- IAS 23 (überarbeitet) (Fremdkapitalkosten), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 11 (IFRS 2: Konzerninterne Geschäfte und Geschäfte mit eigenen Anteilen), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. März 2007 beginnen,
- IFRIC 12 (Dienstleistungskonzessionsvereinbarungen), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 13 (Kundentreueprogramme), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2008 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen),
- IFRIC 14 (IAS 19 – Begrenzung eines leistungsorientierten Vermögenswertes, Mindestfinanzierungsvorschriften und ihre Wechselwirkungen), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2008 beginnen (von der EU noch nicht in europäisches Recht übernommen).

Aus der erstmaligen Anwendung dieser Standards und Interpretationen, frühestens in dem Geschäftsjahr, das mit dem 1. Januar 2008 beginnt, erwarten wir keine wesentlichen Auswirkungen auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden.

Zwischen dem Bilanzstichtag und dem Zeitpunkt der Freigabe des Abschlusses zur Veröffentlichung waren die folgenden Standards und Interpretationen bereits veröffentlicht, aber noch nicht verpflichtend anzuwenden. Auch wurden sie noch nicht von der EU in europäisches Recht übernommen:

- IFRS 3 (Unternehmenszusammenschlüsse), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen,

- IAS 27 (überarbeitet) (Konzern- und separate Abschlüsse nach IFRS), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2009 beginnen,
- IFRS 2 (überarbeitet) (Anteilsbasierte Vergütungen), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen,
- IAS 32 (überarbeitet) (Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung) und IAS 1 (Darstellung des Abschlusses), auf Geschäftsjahre anzuwenden, die am oder nach dem 1. Januar 2009 beginnen.

Mögliche Auswirkungen dieser Standards werden vom Konzern derzeit geprüft.

2.3 Übereinstimmungserklärung

Die Erstellung des Konzernabschlusses der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, für das Geschäftsjahr 2007 erfolgte gemäß § 315a Abs. 1 HGB in Verbindung mit der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002. Der Konzernabschluss wurde auf der Grundlage der vom International Accounting Standards Board (IASB) verabschiedeten und veröffentlichten und von der von der EU in europäisches Recht übernommenen International Accounting Standards (IAS) bzw. International Financial Reporting Standards (IFRS) sowie deren jeweiliger Auslegung durch das Standing Interpretation Committee (SIC) bzw. International Financial Reporting Interpretation Committee (IFRIC) aufgestellt.

Der Konzernabschluss besteht aus der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, der Konzernbilanz, der Kapitalflussrechnung, der Eigenkapitalveränderungsrechnung und dem Anhang (Notes). Die Segmentberichterstattung erfolgt als Teil des Anhangs. Er wird durch die Versicherung der gesetzlichen Vertreter ergänzt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3. Verwendete Bewertungsgrundlagen sowie andere Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Bilanzstichtag ist der 31. Dezember 2007. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Alle Beträge in diesem Abschluss werden in Euro bzw. TEUR angegeben, soweit notwendig wurde kaufmännisch gerundet.

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG basiert auf dem Grundsatz der Unternehmensfortführung (Going-Concern).

Änderungen der Darstellung des Abschlusses betreffen den Ausweis von Dividendenerträgen, die im Berichtsjahr unter dem Handelsergebnis statt wie im Vorjahr unter dem eigenständigen GuV-Posten „Laufende Erträge aus Wertpapieren“ (Vorjahr: TEUR 940) ausgewiesen werden. Vorrangiges Ziel der Gesellschaft ist es, Handelsergebnisse zu erzielen. Aus diesem Grund wird es für sachgerecht erachtet, Dividendenerträge aus kurzfristig zu Handelszwecken gehaltenen Beständen dem Handelsergebnis zuzurechnen. Zudem wurden die Bilanzposten Aktive latente Steuern in Latente Steueransprüche sowie Steuerrückstellung in Ertragsteuerverpflichtungen umbenannt.

3.1 Konsolidierungskreis

Tochterunternehmen werden ab dem Tag in den Konsolidierungskreis aufgenommen, an dem der Konzern die faktische Kontrolle erlangt. Die Unternehmen scheiden bei Verkauf oder im Fall, dass nicht länger ein beherrschender Einfluss durch die Lang & Schwarz

Wertpapierhandelsbank AG ausgeübt werden kann, aus dem Konsolidierungskreis aus.

In den Konzernabschluss wurde gemäß IAS 27 neben dem Einzelabschluss der Muttergesellschaft Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG der Einzelabschluss der 100%igen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Gate GmbH, Düsseldorf, Deutschland, über die die Muttergesellschaft einen beherrschenden Einfluss ausübt, einbezogen.

Die im Vorjahr einbezogene 100%-ige Tochtergesellschaft Lang & Schwarz E-World Broker GmbH i.L., Düsseldorf, Deutschland, wurde zum 27. November 2007 aufgrund der abgeschlossenen Liquidation endkonsolidiert.

Zum 31. Dezember 2007 besteht zwischen der Lang & Schwarz Gate GmbH als beherrschtem Unternehmen und der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG als beherrschendem Unternehmen ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Der Vertrag konnte erstmals auf den 31. Dezember 2004 gekündigt werden und unterliegt seither einer Kündigungsfrist von drei Monaten auf das Ende eines Kalenderjahres. Er verlängert sich, soweit er nicht gekündigt wird, jeweils um ein weiteres Kalenderjahr.

3.2 Konsolidierungsgrundsätze

Der Konzernabschluss wurde unter Anwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aufgestellt. Alle Einzelabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen wurden auf den 31. Dezember 2007 aufgestellt.

Die Erstkonsolidierung der Lang & Schwarz Gate GmbH erfolgte wegen nur geringfügiger Auswirkungen gegenüber der Einbeziehung zum Erwerbszeitpunkt auf den 1. Januar 2000 (Einbeziehungszeitpunkt).

Die Kapitalkonsolidierung erfolgte nach dem zum Zeitpunkt der Konsolidierung anzuwendenden IAS 22 nach der Benchmark-Methode, wonach die identifizierbaren Vermögenswerte und Verpflichtungen des einzubeziehenden Unternehmens in Höhe des erworbenen Anteils zum Zeitpunkt des Erwerbs mit dem Marktwert angesetzt wurden. Ein verbleibender aktivischer Unterschiedsbetrag wurde als Firmenwert aktiviert und zwischenzeitlich über die Nutzungsdauer abgeschrieben.

Alle wesentlichen konzerninternen Transaktionen zwischen den zu konsolidierenden Unternehmen werden gemäß IAS 27.24 eliminiert. Hierbei werden Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen konsolidiert und konzerninterne Erträge mit den entsprechenden Aufwendungen verrechnet.

3.3 Ansatz und Kategorisierung von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Ein- und Ausbuchungen von finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen erfolgen zum Handelstag. Dies ist der Tag, an dem die Verpflichtung zum Kauf oder Verkauf eines Vermögenswertes oder einer Verpflichtung eingegangen wurde. Der Erstantritt erfolgt zum beizulegenden Zeitwert zuzüglich Transaktionskosten (finanzielle Vermögenswerte) bzw. abzüglich Transaktionskosten (finanzielle Verpflichtungen). Davon ausgenommen sind finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen, die der Kategorie „erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert (fair value) bewertete finanzielle Vermögenswerte bzw. Verbindlichkeiten“ zugeordnet werden. Hier erfolgt der Erstantritt zum beizulegenden Zeitwert ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten.

Die Kategorisierung der finanziellen Vermögenswerte erfolgt nach folgenden Kategorien:

- a) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (financial assets at fair value through profit or loss)
- b) zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (available-for-sale financial assets)
- c) Kredite und Forderungen (loans and receivables)

Die Kategorisierung der finanziellen Verpflichtungen erfolgt nach folgenden Kategorien:

- d) erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (financial liabilities at fair value through profit or loss)
- e) finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden (financial liabilities at amortised cost)

Die Kategorisierung hängt von der Art und dem Verwendungszweck der Finanzinstrumente ab und erfolgt bei Zugang.

Zu a) und d) Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verpflichtungen werden erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet, wenn sie entweder als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet eingestuft werden oder zu Handelszwecken gehalten werden. Letzteres liegt vor, wenn der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verpflichtung hauptsächlich mit der Absicht erworben/veräußert wurde, ihn/sie kurzfristig in der Zukunft zu verkaufen/zu kaufen, oder Teil eines eindeutig identifizierten und gemeinsam gesteuerten Portfolios von Finanzinstrumenten ist, für das in der jüngeren Vergangenheit Hinweise auf kurzfristige Gewinnmitnahmen bestehen, oder ein Derivat ist, das nicht als Sicherungsinstrument eingestuft wurde und als solches effektiv ist.

Unter diese Kategorie fallen die Handelsaktiva bzw. die Handelspassiva.

Zu b) Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte

Nicht konsolidierte Beteiligungen werden als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte eingestuft und zum beizulegenden Zeitwert bilanziert. Die Einstufung in zur Veräußerung verfügbar erfolgt insbesondere bei der Absicht, finanzielle Vermögenswerte zur Veräußerung anzubieten. Die Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes erfolgt wie in Tz. 3.5 beschrieben.

Unter diese Kategorie fällt der Aktivposten Finanzanlagen.

Zu c) Kredite und Forderungen

Die Kategorie Kredite und sonstige Forderungen betrifft alle nicht derivativen finanziellen Vermögenswerte mit fester oder bestimmbarer Zahlung, die nicht in einem aktiven

Markt notiert sind. Voraussetzung hierfür ist, dass diese finanziellen Vermögenswerte nicht zu Handelszwecken gehalten werden bzw. beim erstmaligen Ansatz nicht der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugerechnet werden.

Unter diese Kategorie fallen Forderungen gegen Kreditinstitute, Forderungen gegen Kunden sowie unter den sonstigen Aktiva ausgewiesene Forderungen gegen Mitarbeiter.

Zu e) Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden

Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und unter den sonstigen Passiva ausgewiesene Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden in der Kategorie Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zusammengefasst.

3.4 Berücksichtigung von Bewertungsergebnissen aus finanziellen Vermögenswerten und Verpflichtungen

Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verpflichtungen werden mit dem beizulegenden Zeitwert (fair value) angesetzt. Jeder aus der Bewertung resultierende Gewinn oder Verlust wird erfolgswirksam erfasst. Der erfasste Nettogewinn oder -verlust schließt auch etwaige direkt zurechenbare Dividenden mit ein. Die Art und Weise der Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes (fair value) ist in Tz. 3.5 beschrieben.

Die finanziellen Vermögenswerte der Kategorien zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte sowie Kredite und Forderungen werden zu jedem Bilanzstichtag auf das Vorhandensein von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung untersucht. Eine Wertminderung liegt vor, wenn infolge eines oder mehrere Ereignisse, die nach dem erstmaligen Ansatz des Vermögenswertes eintreten, ein objektiver Hinweis dafür vorliegt, dass sich die erwarteten künftigen Cashflows aus den finanziellen Vermögenswerten negativ verändert haben.

Finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräußerung verfügbar eingestuft werden, werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Die Bewertungsergebnisse der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte werden grundsätzlich in einem gesonderten Eigenkapitalposten (Neubewertungsrücklage) erfasst, sofern es sich nicht um erfolgswirksam zu berücksichtigende dauerhafte Wertminderungen handelt. Wesentliche oder anhaltende Verringerungen des beizulegenden Zeitwerts unter die Anschaffungskosten werden als objektiver Hinweis auf eine Wertminderung angesehen. Eine Wertaufholung wird erfolgswirksam vorgenommen, wenn der Grund für die dauerhafte Abschreibung entfällt und es sich um ein Fremdkapitalinstrument handelt. Bei Eigenkapitalinstrumenten erfolgt die Wertaufholung erfolgsneutral (Neubewertungsrücklage).

Kredite und Forderungen werden nach der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen bewertet. Mit Ausnahme von kurzfristigen Forderungen, bei denen der Zinseffekt unwesentlich wäre, werden Zinserträge grundsätzlich gemäß der Effektivzinsmethode erfasst. Bei den finanziellen Vermögenswerten der Kategorie Kredite und Forderungen können objektive Hinweise auf eine Wertminderung hinweisen. Hierunter fallen insbesondere das Eintreten von

Zahlungsverzug oder die Insolvenz des Schuldners. Der Buchwert des Vermögenswerts wird unter Verwendung eines Wertberichtigungskontos aktivisch reduziert. Eine Wertminderung wird erfolgswirksam erfasst. Eine erfolgswirksame Zuschreibung wird vorgenommen, wenn der Grund für die Wertberichtigung entfällt. Eine Zuschreibung über die ursprünglichen Anschaffungskosten hinaus ist dabei ausgeschlossen. Bei Uneinbringlichkeit wird der finanzielle Vermögenswert gegen das Wertberichtigungskonto ausgebucht. Nachträgliche Erträge aus bereits ausgebuchten Beträgen werden direkt erfolgswirksam erfasst.

Im Rahmen der Folgebewertung werden finanzielle Verpflichtungen der Kategorie Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, unter Anwendung der Effektivzinsmethode bewertet. Bewertungsergebnisse werden erfolgswirksam erfasst, wenn die finanzielle Verpflichtung ausgebucht wird.

3.5 Beizulegender Zeitwert (fair value)

Als beizulegender Zeitwert wird grundsätzlich der Betrag angesetzt, zu dem zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern ein Vermögenswert getauscht oder eine Schuld beglichen werden kann.

Als beizulegender Zeitwert von Finanzinstrumenten wird bei börsennotierten Finanzinstrumenten grundsätzlich der Börsenpreis des Stichtags zu Grunde gelegt. In Fällen, in denen kein adäquater Börsenpreis vorliegt, wird der beizulegende Zeitwert anhand des Börsenpreises vergleichbarer Finanzinstrumente oder anhand anerkannter Bewertungsmethoden ermittelt. Bei Optionen werden hierfür gängige Optionspreismodelle angewandt. Dabei werden die impliziten Volatilitäten sowie die aktuellen Zinssätze zu Grunde gelegt.

Bei der unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Beteiligung handelt es sich um eine Venture-Capital-Gesellschaft, die in ihrem Portfolio diverse Beteiligungen und andere Finanzanlagen (z.B. Darlehen) hält. Beteiligungen im Portfolio der Venture-Capital-Gesellschaft, die an einem geregelten Markt notiert sind, werden mit dem Kurswert bewertet. Der Wert anderer Beteiligungen wird in Anlehnung an das Discounted-Cashflow-Verfahren geschätzt. Andere Finanzanlagen werden anhand weiterer zugänglicher Informationen (wie z.B. Zins- und Tilgungsrückstände) bewertet. Dem DCF-Verfahren liegen Annahmen zugrunde, welche nicht von beobachtbaren Marktdaten abgeleitet werden. Für die verschiedenen so bewerteten Beteiligungen wurden Plan-daten der Beteiligungsgesellschaften zugrunde gelegt. Des Weiteren wurde ein risikoangepasster Abzinsungssatz in Höhe von i.d.R. 10% angewendet. Bei einer werterhöhenden Anpassung von Bewertungsparametern um jeweils 10% (wertmindernde Anpassung um jeweils 10%) würde sich der Wert der Finanzanlage um TEUR 157 erhöhen (TEUR 160 vermindern). Zum Vorjahresstichtag hätte sich der Wert der Finanzanlage um TEUR 84 erhöht (TEUR 112 vermindert). Aufgrund eines erfolgreichen Verkaufs einer Beteiligung in 2007 wurden insgesamt TEUR 612 (Vorjahr: TEUR 0) auf die Finanzanlage erfolgswirksam zugeschrieben.

3.6 Währungsumrechnung

Fremdwährungspositionen werden beim erstmaligen Ansatz zum offiziellen Referenzsatz der Europäischen Zentralbank oder ggfs. zu sonstigen geeigneten Kassakursen in Euro umgerechnet. Gemäß IAS 21 werden für die Folgebewertung Fremdwährungsposten in monetäre und nicht monetäre Posten unterteilt. Sämtliche monetäre Fremdwährungsposten werden unter Verwendung des Stichtagskurses umgerechnet. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung monetärer Posten werden stets erfolgswirksam vereinnahmt. Nicht monetäre Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwäh-

rung bewertet werden, werden ebenfalls mit dem Stichtagskurs umgerechnet. Bewertungsergebnisse aus der Währungsumrechnung dieser nicht monetären Posten werden erfolgswirksam berücksichtigt.

Zum Bilanzstichtag bestanden monetäre Fremdwährungsposten unter den Forderungen und Verbindlichkeiten an bzw. gegenüber Kreditinstituten (erfolgswirksame Erfassung der Umrechnungsdifferenz von TEUR 2; Vorjahr: TEUR 6) sowie nicht monetäre Fremdwährungsposten unter den Beständen der Handelsaktiva und -passiva, die gemäß IAS 39 über das Ergebnis zu ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

3.7 Schätzungen

Sind für die Bilanzierung und Bewertung Schätzungen oder Beurteilungen erforderlich, so werden diese in Übereinstimmung mit den jeweiligen Standards vorgenommen. Schätzungsunsicherheiten betreffen insbesondere bei Finanzanlagen die Bewertung auf der Basis von möglicherweise unsicheren Prognoseberechnungen. Zudem können sich Unsicherheiten bei der Schätzung von Rückstellungen ergeben.

Schätzungsänderungen im Berichtsjahr betreffen die Erhöhung der Rückstellung für die zu zahlenden Sonderbeiträge an die Entschädigungseinrichtung der Wertpapierhandelsfirmen (EdW) aufgrund des im Dezember 2007 eingegangenen Sonderbeitragbescheids von TEUR 392 auf TEUR 3.570 (vgl. Tz. 23). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass über die bislang gebildeten Rückstellungen, die in Höhe des im Dezember 2007 ergangenen Bescheides gebildet wurden, hinausgehend weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der EdW von der Gesellschaft zu tragen sind. Darüber hinaus besteht eine Schätzungsänderung bei der Ermittlung der Rückstellungen für die Gesamtausgleichsverpflichtung im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Venture-Capital-Gesellschaft

KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (KTB) (Wert zum 31. Dezember 2007: TEUR 1.996 (Vorjahr: TEUR 1.145)). Hierdurch ergibt sich ein zusätzlicher Aufwand in Höhe von TEUR 851 (vgl. Tz. 23). Eine weitere Zuführung zur Rückstellung für die Gesamtausgleichsverpflichtung kann nicht ausgeschlossen werden. Hinsichtlich der atypisch stillen Beteiligung bestehen derzeit unterschiedliche Auffassungen zwischen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG und der Venture-Capital-Gesellschaft in der Auslegung der vertraglichen Beteiligungsvereinbarung. Hinsichtlich der Schätzungsunsicherheiten der Beteiligungswerte an der KTB (Wert zum 31. Dezember 2007: TEUR 3.438 (Vorjahr: TEUR 2.762)) verweisen wir auch auf Tz. 3.5. Im Bezug auf die Gesamtausgleichsverpflichtung besteht eine Schätzungsunsicherheit in Form von möglichen künftigen Zuführungen.

3.8 Barreserve

Die hierunter fallenden Kassenbestände werden zum Nominalwert angesetzt.

3.9 Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Unter den Forderungen an Kreditinstitute werden Konten in laufender Rechnung sowie Termingelder bilanziert.

Forderungen an Kunden beinhalten kurzfristige Forderungen aus dem Vertrieb von Kursdaten sowie Provisionsforderungen aus der Designated Sponsoring-Tätigkeit. Aktivisch von der gesamten Position abgesetzt werden Wertberichtigungen auf einem Wertberichtigungskonto ausgewiesen.

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden werden der Kategorie Kredite und Forderungen zugerechnet.

3.10 Handelsaktiva

Unter den Handelsaktiva werden long-Bestände in Aktien, Optionsscheinen, Zertifikaten, gezahlte Optionsprämien, Investmentanteilen und Anleihen ausgewiesen, die zu Handelszwecken gehalten werden.

Sie sind der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte zugeordnet.

3.11 Finanzanlagen

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Anteile an anderen, nicht konsolidierten Gesellschaften, werden der Kategorie zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte zugerechnet.

3.12 Immaterielle Vermögenswerte

Unter den immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software und Firmen- bzw. Geschäftswerte ausgewiesen.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögenswerte werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten angesetzt, abzüglich jeder kumulierten Abschreibung und aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen. Die immateriellen Vermögenswerte werden über 3–5 Jahre linear abgeschrieben.

Der Geschäfts- oder Firmenwert, der bei dem Erwerb eines Tochterunternehmens entsteht, entspricht dem Überschuss der Anschaffungskosten des Erwerbs über den Konzernanteil an dem beizulegenden Nettozeitwert der identifizierbaren Vermögenswerte, Schulden und Eventualschulden des Tochterunternehmens zum Erwerbszeitpunkt.

Der Geschäfts- oder Firmenwert wird im Zugangszeitpunkt mit seinen Anschaffungskosten bilanziert und in den Folgeperioden mit seinen Anschaffungskosten abzüglich aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen bewertet. Die Erstkonsolidierung der Tochterunternehmen erfolgte vor dem 31. März 2004. Ermittelte Geschäfts- oder Firmenwerte wurden in der Vergangenheit vollständig abgeschrieben.

Zu jedem Bilanzstichtag überprüft der Konzern die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, um festzustellen, ob es Anhaltspunkte für eine eingetretene Wertminderung dieser Vermögenswerte gibt. Sind solche Anhaltspunkte erkennbar, wird der erzielbare Betrag des Vermögenswertes geschätzt, um den Umfang eines eventuellen Wertminderungsaufwands festzustellen. Kann der erzielbare Betrag für den einzelnen Vermögenswert nicht geschätzt werden, erfolgt die Schätzung des erzielbaren Betrags der Zahlungsmittel generierenden Einheit, zu welcher der Vermögenswert gehört.

Bei immateriellen Vermögenswerten, die noch nicht für eine Nutzung zur Verfügung stehen, wird jährlich und immer dann, wenn ein Anhaltspunkt für eine Wertminderung vorliegt, ein Wertminderungstest durchgeführt. Der erzielbare Betrag ist der höhere Betrag aus beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und dem Nutzungswert. Wenn der geschätzte erzielbare Betrag eines Vermögenswertes (oder einer Zahlungsmittel generierenden Einheit) den Buchwert unterschreitet, wird der Buchwert des Vermögenswertes (der Zahlungsmittel generierenden Einheit) auf den erzielbaren Betrag vermindert. Der Wertminderungsaufwand wird sofort erfolgswirksam erfasst.

Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen) sowie Aufwendungen, die sich aus einer Ausbuchung ergeben, werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Sollte sich der Wertminderungsaufwand in der Folge umkehren, wird der Buchwert des Vermögenswertes (der Zahlungsmittel generierenden Einheit) auf die neuerliche Schätzung des erzielbaren Betrages erhöht. Die Erhöhung des Buchwertes ist dabei auf den Wert beschränkt, der sich ergeben hätte, wenn für den Vermögenswert (die Zahlungsmittel generierende Einheit) in den Vorjahren kein Wertminderungsaufwand erfasst worden wäre. Eine Wertaufholung wird unmittelbar erfolgswirksam erfasst.

Ein für Geschäfts- oder Firmenwerte erfasster Wertminderungsaufwand darf in künftigen Perioden nicht aufgeholt werden.

3.13 Sachanlagen

Unter den Sachanlagen werden die für die Erbringung der Dienstleistungen des Konzerns notwendigen Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Einbauten und geleisteten Anzahlungen ausgewiesen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattungen umfassen hierbei auch die EDV-technische Hardware. Nachträgliche Ausgaben für Sachanlagen werden aktiviert, wenn die Voraussetzungen hierfür nach IAS 16 erfüllt sind.

Die Sachanlagen werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, abzüglich jeder kumulierten Abschreibung und aller kumulierten Wertminderungsaufwendungen.

Abschreibungen auf Sachanlagen erfolgen planmäßig und linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer der jeweiligen Vermögenswerte.

Vermögenswert	Betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer in Jahren
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2 – 13
EDV Hardware	2 – 4
Einbauten	5 – 10

Unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten werden Vermögenswerte im Sinne von § 6 Abs. 2 Einkommensteuergesetz (geringwertige Wirtschaftsgüter) im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Planmäßige Abschreibungen und außerplanmäßige Abschreibungen (Wertminderungen) sowie Aufwendungen die sich aus einer Ausbuchung ergeben, werden unter den Verwaltungsaufwendungen erfasst.

Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, werden durch außerplanmäßige Abschreibungen berücksichtigt. Hinsichtlich der Prüfung auf Anhaltspunkte für eine eingetretene Wertminderung und deren Folgen verweisen wir auf Tz. 3.12.

3.14 Ertragsteuern

Tatsächliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen aus der laufenden Geschäftstätigkeit werden mit den gültigen Ertragssteuersätzen berechnet und in der Höhe der erwarteten Rückerstattungsansprüchen von oder Zahlungsverpflichtungen an Steuerbehörden ausgewiesen.

Latente Ertragsteueransprüche oder -verpflichtungen werden auf temporäre Differenzen zwischen den Wertansätzen von Vermögenswerten und Verpflichtungen zwischen der

Konzernbilanz nach IFRS und der Steuerbilanz gebildet. Ihre Berechnung erfolgt mit dem Steuersatz, der bei ihrer Auflösung zu erwarten ist. Dabei werden die Steuersätze verwendet, die zum Bilanzstichtag gültig oder angekündigt sind. Für temporäre Differenzen, bei deren Auflösung Steuerentlastungen zu erwarten sind, und deren Eintreten wahrscheinlich ist, werden aktive latente Ertragsteueransprüche bilanziert. Für temporäre Differenzen, die bei ihrer Auflösung zu einer Verpflichtung führen, werden passive latente Ertragssteueransprüche bilanziert.

Für steuerliche Verlustvorträge, deren Nutzung wahrscheinlich ist, wurden aktive latente Ertragsteueransprüche gebildet.

Tatsächliche Ertragsteuererstattungsansprüche werden unter dem Bilanzposten Ertragsteueransprüche ausgewiesen, tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen unter den Ertragsteuerverpflichtungen. Der Ausweis der latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen erfolgt, soweit dies nach IAS 12 möglich ist, saldiert in einem Bilanzposten.

3.15 Sonstige Aktiva

Unter diesem Bilanzposten werden Beträge ausgewiesen, die unter keinem der anderen Bilanzposten zu erfassen sind. Hierunter fallen Forderungen gegen Mitarbeiter mit Laufzeiten von bis unter fünf Jahren, die der Kategorie Kredite und Forderungen zugeordnet werden, sowie innerhalb von 12 Monaten fällige Steuerforderungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

3.16 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstitute

Unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden Konten in laufender

Rechnung sowie Termingelder bilanziert. Die Verbindlichkeiten sind sämtlich innerhalb von 12 Monaten fällig.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden der Kategorie finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zugerechnet.

3.17 Handelspassiva

Unter den Handelspassiva werden zu Handelszwecken gehaltene Lieferverpflichtungen aus Leerverkäufen in Aktien, Verpflichtungen aus eigenen begebenen Optionsscheinen und Zertifikaten sowie erhaltene Optionsprämien ausgewiesen.

Sie sind der Kategorie Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen zugerechnet.

3.18 Sonstige Rückstellungen

Unter den sonstigen Rückstellungen sind Verpflichtungen ausgewiesen, die nach den Vorschriften des IAS 37 zu passivieren sind. Die Höhe der angesetzten Rückstellungen wurde nach dem bestmöglichen Schätzer bemessen. Dies ist der Betrag der erforderlichen Ausgabe, der zur Erfüllung der Verpflichtungen zum Bilanzstichtag oder zur Übertragung der Verpflichtung auf einen Dritten zu diesem Termin gezahlt werden müsste. Rückstellungen, bei denen mit dem Mittelabfluss nach 12 Monaten bezogen auf den Bilanzstichtag gerechnet wird, werden mit dem Barwert ihrer Verpflichtung angesetzt, wenn der Zinseffekt wesentlich ist. Die Abzinsung erfolgt mit einem Zinssatz von 4%.

3.19 Sonstige Passiva

Die Sonstigen Passiva umfassen abgegrenzte Schulden. Hierunter fallen insbesondere Bonifikationen an den Vorstand und die Mitarbeiter für das abgelaufene Geschäftsjahr, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie Kosten der Rechtsform.

Die in den sonstigen Passiva enthaltenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen werden den finanziellen Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, zugerechnet.

Die sonstigen Passiva sind innerhalb von 12 Monaten fällig.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

4. Zinserträge und Zinsaufwendungen

Zinserträge resultieren aus:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Kontokorrentkonten und Tagesgeldanlagen	78	268
Übrige	8	0
Gesamtzinserträge	86	268

Zinsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

Kontokorrentkonten und Tagesgeldaufnahmen	-1.141	-681
Übrige	0	-3
Gesamtzinsaufwand	-1.141	-684

Kontokorrentkonten und Tagesgelder werden der Kategorie Kredite und Forderungen zugerechnet. Zinserträge aus wertgeminderten Vermögenswerten liegen nicht vor.

Zuführungen zur Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtungen an die KTB (vgl. Tz. 7), die sich aus dem Barwerteffekt ergeben, werden unter dem Ergebnis Finanzanlagen ausgewiesen.

5. Provisionsergebnis

Das Provisionsergebnis gliedert sich wie folgt:

x 1.000 €	2007	Vorjahr*
Courtagen und ähnliche Provisionen aus dem Vermittlungsgeschäft		
• Erträge	15.097	12.142
• Aufwendungen	-10.336	-8.819
	4.761	3.323
Designated Sponsoring Fee sowie Provisionen für die Betreuung beim going & being public	932	891
	5.693	4.214

* Das Provisionsergebnis wird gegenüber dem Vorjahresbericht anders ausgewiesen. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend neu gegliedert.

6. Handelsergebnis

Im Handelsergebnis sind realisierte Ergebnisse aus zu Handelszwecken erworbenen oder verkauften Finanzinstrumenten sowie Bewertungsergebnisse aus zu Handelszwecken im Bestand gehaltenen oder verkauften Finanzinstrumenten, die zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, enthalten. Darüber hinaus werden Dividendenerträge ausgewiesen, soweit diese aus solchen Beständen stammen.

Das Handelsergebnis gliedert sich wie folgt:

x 1.000 €	2007	Vorjahr*
Wertpapiere	-1.736	9.230
Derivate	12.428	4.373
	10.692	13.603

* Dividendenerträge werden anders als im Vorjahr nunmehr im Handelsergebnis gezeigt (vgl. Tz. 3).

Zur Aufgliederung zwischen inländischen und ausländischen Emittenten vgl. Tz. 31.

Das Handelsergebnis aus Wertpapieren enthält Dividendenerträge in Höhe von TEUR 28.783 (Vorjahr: TEUR 940). Diese resultieren insbesondere aus Dividendenzahlungen (einschließlich Sonderdividende) für unterjährig gehaltene Aktienbestände. Die Dividendenerträge sind mit den negativen Handelsergebnissen aufgrund des Dividendenabschlags auf die Aktienbestände im Handelsergebnis verrechnet.

Dividendenerträge werden mit der Entstehung des Rechtsanspruchs auf Zahlung erfasst.

7. Ergebnis aus Finanzanlagen

Der Ausweis von TEUR -239 (Vorjahr: TEUR -27) betrifft die Bewertung der Beteiligung an der KTB sowie Anpassungen der hiermit im Zusammenhang stehenden Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtungen an die KTB (vgl. Tz. 15 und 23).

8. Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen setzen sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Gehälter	2.708	2.766
Sonstiges	3.324	3.786
Gehaltsaufwendungen	6.032	6.552
Sozialabgaben	559	564
Personalaufwendungen	6.591	7.116
Gebühren und Beiträge	4.539	1.209
EDV-Kosten	923	860
Rechts- und Beratungskosten	412	257
Kommunikations- und Leitungskosten	314	288
Kosten der Rechnungslegung	273	258
Werbekosten	311	218
Raumkosten	220	324
Übrige	910	952*
Sachaufwendungen	7.902	4.366

Planmäßige Abschreibungen auf immaterielle

Vermögenswerte und Sachanlagen	166	189
Summe Verwaltungsaufwendungen	14.659	11.671

* Im Vorjahr wurden Aufwendungen IPO von TEUR 448 separat gezeigt.

Im Monatsdurchschnitt waren in 2007 inklusive der Geschäftsleiter 50 Mitarbeiter(innen) angestellt (Vorjahr: 49). Diese teilen sich wie folgt auf:

	Männlich	Weiblich	Summe
Sales Trading	4	2	6
TradeCenter Aktien	9	1	10
TradeCenter Eigene Produkte	5		5
Rechnungswesen		5	5
Risikocontrolling/Controlling	3		3
Backoffice		5	5
Vorstand/Management	4		4
IT	9		9
Verwaltung		3	3
	34	16	50

Die sonstigen Personalaufwendungen beinhalten variable Zahlungen in Höhe von TEUR 3.246 (Vorjahr: TEUR 3.565). Leistungsorientierte Pläne hat die Gesellschaft nicht verabschiedet.

Gebühren und Beiträge betreffen in 2007 mit TEUR 3.177 die Erhöhung der Zahlungsverpflichtung gegenüber der EdW für den Entschädigungsfall „Phoenix“. Zu weiteren Ausführungen verweisen wir auf Tz. 3.7 und 23.

Die übrigen Sachaufwendungen enthalten aus Gründen der Wesentlichkeit und der Vereinfachung die Wertberichtigungen auf Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 0) statt diese in einem separaten GuV-Posten auszuweisen. Im Berichtszeitraum wurden Ausbuchungen von Forderungen an Kunden in Höhe von TEUR 15 vorgenommen (Vorjahr: TEUR 0).

9. Sonstige betriebliche Erträge

Sonstige betriebliche Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	288	56
Lizenzzerlöse	34	39
Übrige	349	30
	671	125

10. Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

Der nationale Steuersatz setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz von 25% (Vorjahr: 25%), dem hierauf erhobenen Solidaritätszuschlag von 5,5% (Vorjahr: 5,5%) sowie dem Gewerbesteuersatz zusammen, welcher von der Steuermesszahl in Höhe von 5% (Vorjahr: 5%) und dem Gewerbesteuerhebesatz von 445% (Vorjahr: 450%) abhängig ist. Im 3. Quartal 2007 wurde durch das Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 beschlossen, mit Wirkung ab 2008 den Körperschaftsteuersatz auf 15% und die Steuermesszahl für

die Gewerbesteuer auf 3,5% zu senken. Die Gewerbesteuer wird ab 2008 nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. Der kombinierte Steuersatz für die Ermittlung der latenten Steuern beträgt somit ca. 31,4% (Vorjahr: 39,9%).

In 2007 wurden periodenfremde tatsächliche Ertragsteuern von TEUR -225 (Vorjahr: TEUR 170) erfasst.

Für steuerliche Verlustvorträge wurden nach IAS 12 latente Steueransprüche in dem Umfang einer möglichen Nutzung dieser Verlustvorträge angesetzt. Auf das Entstehen temporärer Unterschiede sind passive latente Steuern von TEUR 699 (Vorjahr: TEUR 0) zurückzuführen. Zusätzlich ergibt sich ein Betrag von TEUR 577 aus künftigen zu versteuernden Ergebnissen, die in Planungsrechnungen ermittelt wurden. Zum Ende des Geschäftsjahres 2007 wurden somit TEUR 1.276 aktive latente Steuern für steuerliche Verlustvorträge aktiviert. Infolge einer Abwertung sind latente Steueraufwendungen von TEUR 767 (Vorjahr: TEUR 0) angefallen.

Auf Änderungen der Steuersätze beruht ein latenter Steueraufwand von TEUR 156 (Vorjahr: TEUR 0). Minderungen des tatsächlichen Ertragsteueraufwands auf Grund der Nutzung bisher nicht berücksichtigter steuerlicher Verluste lagen nicht vor (Vorjahr: TEUR 3.410).

Aktive latente Steuern für die steuerlichen Verlustvorträge von TEUR 880 (gerechnet mit dem ab 2008 gültigen Steuersatz) (Vorjahr: TEUR 435) wurden in der Bilanz nicht angesetzt.

Die nachfolgende Übersicht erläutert den Zusammenhang zwischen den Ertragsteuern und dem Ergebnis nach IFRS:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Ergebnis vor Steuern	1.103	5.828
Anzusetzender Steuersatz	39,8%	39,9%
rechnerische Ertragssteuern	-439	-2.325
Korrektur der rechnerischen Ertragsteuern um Steuereffekte aus:		
- Steuereffekt auf nicht abziehbare Aufwendungen	-26	-11
- Steuereffekt auf steuerfreie Erträge	5	8
- Steuern aus Vorjahren	-225	170
- Ansatz und Bewertung steuerlicher Verlustvorträge	-767	3.410
- Änderung nationaler Steuersätze	-156	0
- Übrige	51	-114
Ertragssteuern	-1.557	1.138

11. Ergebnis pro Aktie

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Konzernfehlbetrag (Vorjahr: Konzernüberschuss)	-454	6.966
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (unverwässert)/Stk.	3.127.314	3.127.069
Durchschnittliche Anzahl umlaufender Stückaktien (verwässert)/Stk.	3.326.002	3.566.544
Ergebnis je Aktie (unverwässert)	-0,15	2,23
Ergebnis je Aktie (verwässert)	-0,14	1,95

Die Verwässerung des Ergebnisses je Aktie ergibt sich aus dem bedingten Kapital (vgl. Tz. 25.7). Nach IAS 33.46 sind von den insgesamt 439.230 potenziellen Aktien 198.688 Aktien als verwässernde potenzielle Aktien zu berücksichtigen.

Erläuterungen zur Bilanz**12. Barreserve sowie Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

Die Barreserve sowie die Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betragen:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Barreserve	3	6
Forderungen an Kreditinstitute		
– Täglich fällige	7.585	8.743
– Andere Forderungen (bis drei Monate)	117	27
	7.702	8.770
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
– Täglich fällige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.061	16

Die anderen Forderungen an Kreditinstitute betreffen mit TEUR 117 (Vorjahr TEUR 27) Festgelder mit einer Restlaufzeit bis zu drei Monaten.

13. Forderungen an Kunden

Die ausgewiesenen kurzfristigen Forderungen betreffen mit TEUR 109 (Vorjahr: TEUR 26) Forderungen aus der Marktbetreuung verschiedener Unternehmen (Designated Sponsoring) sowie mit TEUR 43 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr: TEUR 10). Die Forderungen sind sämtlich täglich fällig.

Sicherheiten werden nicht gehalten.

Für den drohenden Ausfall aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bei Forderungen an Kunden werden Einzelwertberichtigungen gebildet, die auf der Aktivseite von den Forderungen an Kunden abgesetzt werden. Der erfolgswirksame Ausweis erfolgt aus Gründen der Wesentlichkeit und Vereinfachung in den Sachaufwendungen.

Die Einzelwertberichtigungen haben sich wie folgt entwickelt:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Einzelwertberichtigungen zum Jahresanfang	0	0
Zuführungen	12	0
Stand zum Jahresende	12	0

In 2007 wurden Provisionsforderungen aus dem Designated Sponsoring in Höhe von TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0) direkt ausgebucht.

14. Handelsaktiva

Der Ausweis beinhaltet:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr*
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	48	97
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	123.526	67.464
Optionen	2.108	2.583
	125.682	70.144

* Zu der im Vorjahr vorgenommenen Unterscheidung zwischen inländischen und ausländischen Emittenten wird auf Tz. 31 verwiesen.

Der Handelsbestand ist mit Ausnahme von noch nicht börseneingeführten Aktien in Höhe von TEUR 496 börsennotiert und damit kurzfristig veräußerbar. Im Übrigen sind die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere nach Ablauf von 12 Monaten fällig. Zu den Fälligkeiten der Optionen verweisen wir auf Tz. 31.

15. Finanzanlagen

Nachfolgende Übersicht gibt die Zusammensetzung der durch den Konzern nicht konsolidierten Unternehmensanteile wieder:

x 1.000 €	Rechnerischer Nominalwert der Stückaktien	Anteil am		31.12.2007	Vorjahr
		Stamm-/ Nenn-/ Kommandit- kapital			
Nicht konsolidierte Beteiligungen					
(Available-for-sale-Bestände)					
<hr/>					
KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen	-	5,0%	300	236	
<hr/>					
Stille Beteiligung an der KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen	-	15,7%	3.138	2.526	
			3.438	2.762	

Gegenstand der am 17. Dezember 1998 gegründeten Gesellschaft **KTB Technologie Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Leverkusen (KTB)**, ist der Erwerb, die Verwaltung, Verwertung und Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen, insbesondere an innovativen und wachstumsorientierten Unternehmen. Gemäß Vertrag vom 27. Juni 2000 in der Fassung vom 20. Dezember 2000 hat sich die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verpflichtet, eine Kommanditeinlage in Höhe von TEUR 341 an die Beteiligungsgesellschaft zu leisten. Zum 31. Dezember 2007 waren hiervon TEUR 300 eingefordert und gezahlt worden.

Die Einlageverpflichtung auf die stille Beteiligung an der KTB wurde in Form einer Sacheinlage erbracht. Nach dem atypisch stillen Gesellschaftsvertrag hat sich Lang & Schwarz verpflichtet, einen unter dem Einbringungswert von insgesamt TEUR 3.295 liegenden Mindererlös aus der Veräußerung bzw. Minderergebnis aus der Liquidation wegen Insolvenz der eingebrachten Beteiligungen am Ende der Laufzeit des Vertrags (31. Dezember 2009) auszugleichen. Zum 31. Dezember 2007 wurde die bestehende Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtung um TEUR 851 auf TEUR 1.996 erhöht. Auf die stille Beteiligung wurden Zuschreibungen in Höhe von TEUR 612 (Vorjahr: TEUR 0) auf den beizulegenden Zeitwert vorgenommen.

Unter Berücksichtigung der Gesamteinzahlung des Kommanditkapitals und der stillen Einlagen beträgt die Gesamtbeteiligungsquote der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank an der KTB 13,1%.

16. Immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen

Die Entwicklung der **Immateriellen Vermögenswerte** und der **Sach- und Finanzanlagen** ist im Anlagengitter als Anlage zum Anhang dargestellt.

Es wurden keine selbsterstellten immateriellen Vermögenswerte aktiviert.

Zum Bilanzstichtag lagen keine Anhaltspunkte für eine eingetretene außerplanmäßige Wertminderung vor.

17. Ertragsteueransprüche

Die ausgewiesenen Ertragsteueransprüche betreffen täglich fällige Steuerforderungen aus überzahlten Vorauszahlungen sowie KEST-Anrechnungsguthaben in Höhe von

TEUR 6.191 (Vorjahr: TEUR 239). Darüber hinaus werden Körperschaftsteuerminde-
rungsguthaben in Höhe von TEUR 199 (Vorjahr: TEUR 191; im Vorjahr im Bilanzposten
Aktive latente Steuern enthalten) ausgewiesen. Die Körperschaftsteuerminde-
rungsguthaben werden mit 4% abgezinst. Die Realisierung der Körperschaftsteuerminde-
rungsguthaben erfolgt durch Zahlungen des Finanzamts in zehn gleichen Jahresraten ab dem
Geschäftsjahr 2008.

18. Latente Steueransprüche

Der Ausweis setzt sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Aktive latente Steueransprüche für noch nicht genutzte steuerliche Verlustvorträge	1.276	2.043
Saldierung mit passiven latenten Steuerverpflichtungen	-699	0
Gesamt	577	2.043

Das im Vorjahr unter den aktiven latenten Steuern ausgewiesene Körperschaft-
steuerungsminderungsguthaben in Höhe von TEUR 191 wird nun unter den Ertrag-
steueransprüchen (Tz. 17) erfasst.

19. Sonstige Aktiva

Der Ausweis setzt sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Forderungen an Mitarbeiter	26	18
Steuerguthaben	3	1
Abgrenzungen	57	51
Übrige	0	11
	86	81

Forderungen an Mitarbeiter sind in Höhe von TEUR 17 innerhalb von einem Jahr fällig
(Vorjahr: TEUR 3). Die weiteren sonstigen Aktiva sind täglich fällig.

Die Forderungen an Mitarbeiter werden der Kategorie Forderungen und Kredite
zugerechnet. Die Effektivzinsmethode wurde aus Gründen der Wesentlichkeit nicht
angewandt.

20. Handelspassiva

Der Ausweis beinhaltet:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleerverkäufen	76.967	16.938
Optionen	28.175	37.046
Selbst begebene Optionsscheine und Zertifikate	15.897	10.613
	121.039	64.597

Die offenen Handelspositionen sind börsennotiert und können mit Ausnahme der selbst begebenen Optionsscheine und Zertifikate kurzfristig eingedeckt werden. Zu den Fälligkeiten der Optionen verweisen wir auf Tz. 31. Im Übrigen verweisen wir auf die Restlaufzeitengliederung in Tz. 33.

21. Ertragsteuerverpflichtungen

Die Ertragsteuerverpflichtungen wurden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme berücksichtigt und setzen sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Körperschaftsteuer inkl. SolZ		
- Veranlagungszeitraum 2005	0	21
- Veranlagungszeitraum 2006	0	306
- Körperschaftsteuererhöhungsbetrag nach § 38 Abs. 5 KStG	8	0
Gewerbesteuer	0	0
- Veranlagungszeitraum 2005	0	18
- Veranlagungszeitraum 2006	386	410
	394	755

Der Körperschaftsteuererhöhungsbetrag wird mit 4% abgezinst. Die Zahlung erfolgt in zehn gleichen Jahresraten ab dem Geschäftsjahr 2008.

22. Latente Steuerverpflichtungen

Passive latente Steuerverpflichtungen für temporäre Differenzen in Höhe von TEUR 699 (Vorjahr: TEUR 0), die im Wesentlichen in Zusammenhang mit dem Bilanzposten Sonstige Rückstellungen gebildet wurden, wurden vollständig mit den aktiven latenten Steueransprüchen saldiert.

23. Sonstige Rückstellungen

Die Sonstigen Rückstellungen wurden in Höhe der wahrscheinlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie entwickelten sich wie folgt:

x 1.000 €	Verbrauch/				
	Stand 1.1.2007	Umglie- derung	Auf- lösung	Zu- führung	Stand 31.12.2007
Gesamtausgleichsverpflichtung (KTB)	1.145	0	0	851	1.996
Umlagen (EdW und BaFin)	402	0	0	3.177	3.579
Übrige	4	1	3	2	2
Prozesskosten	47	0	47	107	107
	1.598	1	50	4.137	5.684

Die Rückstellung für Gesamtausgleichsverpflichtungen KTB, die eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2009 aufweist, wird mit 4% (Vorjahr 4%) abgezinst. Bezogen auf den Rückstellungswert ergibt sich ein Barwerteffekt aufgrund des Zeitablaufs von TEUR 46.

Die weiteren Rückstellungen sind innerhalb der nächsten 12 Monate zur Zahlung fällig.

Unter den Rückstellungen für Umlagen (EdW und BaFin) sind Rückstellungen im Zusammenhang mit einem Sonderbeitrag EdW für den Entschädigungsfall „Phoenix“ enthalten. Gegen den Sonderbeitragsbescheid wurde Widerspruch sowie Aussetzung der Vollziehung beantragt. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass über die bislang gebildeten Rückstellungen, die in Höhe des im Dezember 2007 ergangenen Bescheides

gebildet wurden, hinausgehend weitere Aufwendungen im Zusammenhang mit der EdW von der Gesellschaft zu tragen sind.

24. Sonstige Passiva

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern	1.734	1.813
Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen	1.201	1.219
Steuerverbindlichkeiten	64	574
Verbindlichkeiten Kosten der Rechtsform	363	245
Rechnungsabgrenzung	170	85
Übrige	478	594
	4.010	4.530

Die Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern betreffen Boni sowie Verpflichtungen aus nicht genommenem Urlaub.

Die sonstigen Passiva sind innerhalb von 12 Monaten zur Zahlung fällig.

25. Eigenkapital

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzpositionen des Eigenkapitals ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung dargestellt.

25.1 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital am Bilanzstichtag beträgt unverändert zum Vorjahr EUR 9.438.000 und ist eingeteilt in 3.146.000 auf den Namen lautende Stückaktien. Der rechnerische Nennwert je Aktie beträgt damit EUR 3. Die Anteile sind vollständig eingezahlt.

Die Anzahl der sich im Umlauf befindlichen Aktien hat sich wie folgt entwickelt:

	Stückzahl
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 01. Januar 2007	3.127.314
Zuzüglich eigene Anteile im Bestand am 01. Januar 2007	18.686
Anzahl der ausgegebenen Aktien am 01. Januar 2007	3.146.000
Abzüglich eigene Anteile im Bestand am 31. Dezember 2007	18.686
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2007	3.127.314

25.2 Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage ist der Mehrerlös (Agio) enthalten, der bei der Ausgabe eigener Aktien erzielt wird. Darüber werden Eigenkapitalveränderungen in Zusammenhang mit Transaktionen oder Bewertungen eigener Anteile ausgewiesen.

25.3 Gewinnrücklagen

Die ausgewiesenen Gewinnrücklagen von TEUR 1.031 betreffen eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln vom 29. August 2000 der im Geschäftsjahr 2004 auf die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verschmolzenen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Financial Services GmbH, die nach der Erstkonsolidierung dieser Konzerngesellschaft gebildet worden sind. Diese Eigenmittel sind im Konzernabschluss weiterhin als andere Gewinnrücklagen auszuweisen, stehen jedoch nicht für Ausschüttungen zur Verfügung.

25.4 Bilanzverlust

Zum 31. Dezember 2007 wird ein Konzernfehlbetrag von TEUR 454 (Vorjahr: Konzernüberschuss von TEUR 6.966) ausgewiesen. Unter Berücksichtigung des Verlustvortrags aus dem Vorjahr in Höhe von TEUR -5.960 ergibt sich ein Konzern-Bilanzverlust von TEUR -6.414.

25.5 Eigene Anteile

Der Buchwert der eigenen Anteile beträgt TEUR 110 (Vorjahr: TEUR 198). Diese wurden innerhalb des Eigenkapitals offen in einer Summe verrechnet. Der Ausweis betrifft insgesamt 18.686 Stückaktien (Vorjahr: 18.686 Stückaktien) mit einem rechnerischen Nominalwert von TEUR 56 (Vorjahr: TEUR 56).

25.6 Genehmigtes Kapital

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 30. August 2006 wurde der Vorstand ermächtigt,

- das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Juni 2011 durch Ausgabe von bis zu 400.000 Stück neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlage einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens EUR 1.200.000,00, zu erhöhen (genehmigtes Kapital I).
- das Grundkapital der Gesellschaft mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 27. Juni 2011 durch Ausgabe von bis zu 1.170.000 Stück neuer auf den Namen lautender Stückaktien gegen Sach- und/oder Bareinlage einmalig oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens EUR 3.510.000,00, zu erhöhen (genehmigtes Kapital II).

Das genehmigte Kapital I und das genehmigte Kapital II wurden mit Beschluss der Hauptversammlung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG vom 30. August 2006 aufgehoben und neu geschaffen. Das neu geschaffene genehmigte Kapital I beträgt EUR 1.200.000,00 (vormals: EUR 1.200.000,00). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. Juni 2011 (vormals: bis zum 16. August 2006) zu erhöhen. Das neu geschaffene genehmigte Kapital II beträgt EUR 3.510.000,00 (vormals: EUR 3.510.000,00). Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital bis zum 27. Juni 2011 (vormals: bis zum 16. August 2006) zu erhöhen.

25.7 Bedingtes Kapital

Das Grundkapital der Gesellschaft ist zudem um bis zu EUR 1.800.000,00, eingeteilt in bis zu 600.000 Namensaktien als Stückaktien, bedingt erhöht. Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Umtauschrechten der Inhaber von Optionsanleihen (bei Ausgabe an Anleiheinhaberrechte geknüpfte Bezugsrechte) und/oder Optionsaktien (bei Ausgabe an Inhaberrechte von jungen Aktien geknüpfter Bezugsrechte), zu deren Ausgabe der Vorstand durch Beschluss der Hauptversammlung vom 15. Oktober 1998 in Verbindung mit der Änderung dieses Beschlusses durch die Hauptversammlung vom 25. Juli 2000 sowie durch Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Juli 2000 ermächtigt wurde. Sie ist nur insoweit durchgeführt, als von diesem Bezugsrecht Gebrauch gemacht wird.

Am 9. September 1999 hat der Vorstand der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Ausgabe von 400.000 Stückaktien, denen je ein Inhaberoptionschein beigelegt war, beschlossen. Insgesamt wurden damit 400.000 Stück Inhaberoptionscheine ausgegeben. Der Inhaber der Optionsscheine ist berechtigt, nach Maßgabe der Optionsscheinbedingungen vom 9. September 1999, geändert aufgrund des Vorstandsbeschlusses vom 28. August 2002 auf Grundlage des Hauptversammlungsbeschlusses vom 13. August 2002, Stückaktien der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG zu beziehen. Zehn Optionsscheine berechtigen zum Bezug von elf auf den Namen lautenden Stückaktien zum Optionspreis von EUR 5,00 je Stückaktie. Für Optionsrechte, die ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Börsennotierung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ausgeübt werden, ermäßigt sich der Optionspreis auf den Börsen-Emissionspreis der Stückaktie der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, sofern dieser unter EUR 5,00 liegt. Das Optionsrecht kann vom 1. Januar 2000 bis einschließlich 30. November 2009 mit Ausnahme der nachstehend genannten Zeiträume

jederzeit ausgeübt werden. Wird das Optionsrecht innerhalb dieser Frist nicht ausgeübt, erlischt es. Das Optionsrecht kann nicht ausgeübt werden jeweils in einem Zeitraum von einem Monat vor dem Ende des Geschäftsjahres der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, einem Zeitraum von sechs Wochen vor dem Tag der Hauptversammlung sowie dem Zeitraum zwischen dem Tag, an dem die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG ein Angebot an die Aktionäre zum Bezug von neuen Aktien und/oder neuen Anleihen mit Wandel- oder Optionsrechten auf Aktien veröffentlicht, und dem letzten Tag der Bezugsfrist. Stückaktien, die aufgrund des Optionsrechts ausgegeben werden, sind erstmals für das Geschäftsjahr dividendenberechtigt, welches auf das Geschäftsjahr folgt, in dem die Optionserklärung wirksam wird.

Wenn die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bis zum 30. November 2009 einschließlich unter Einräumung eines unmittelbaren oder mittelbaren Bezugsrechts an ihre Aktionäre ihr Grundkapital erhöht oder andere nachstehend aufgeführte Kapitalmaßnahmen durchführt, wird gemäß Optionsscheinbedingungen Verwässerungsschutz gewährt.

Das bedingte Kapital wurde mit Beschluss der Hauptversammlung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG vom 30. August 2006 von EUR 4.290.000,00 auf EUR 1.800.000,00 reduziert.

25.8 Kapitalmanagement

Zur Umsetzung der vom Vorstand vorgegebenen Geschäftsstrategie ist die Ausstattung der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG mit adäquatem Eigenkapital notwendig. Ziel des Kapitalmanagements als Teil der Gesamtbanksteuerung ist die Sicherstellung dieser Größe. Im Rahmen der Risikostrategie hat der Vorstand daher eine Risikodeckungs-

masse definiert. Diese setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Eigenkapital nach IFRS (Konzern) zuzüglich des erwarteten Ergebnisses des laufenden Geschäftsjahres.

Darüber hinaus ist die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen Bestandteil des Kapitalmanagements. Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG werden nach den Vorschriften des KWG ermittelt. Maßgeblich sind hierbei die Solvabilitätsanforderungen (Grundsatz I), die eine Eigenmittelausstattung im Verhältnis zum Geschäftsumfang vorschreiben. Die Anforderungen des KWG dienen letztlich der Sicherung von Gläubigeransprüchen gegen die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Die Ermittlung der Eigenmittel erfolgt auf Basis des Einzelabschlusses sowie nach der nationalen Rechnungslegung und besteht ausschließlich aus dem Kernkapital. Die Eigenmittel setzen sich wie folgt zusammen:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Gezeichnetes Kapital	9.438	9.438
Kapitalrücklagen	9.034	9.034
Bilanzverlust (festgestellter Jahresabschluss nach HGB zum 31.12.06)	-12.306	-12.166
Kernkapital/Haftendes Eigenkapital/ Eigenmittel insgesamt	6.166	6.306

Im Dezember 2007 wurde der Jahresabschluss nach HGB zum 31.12.2006 nachträglich geändert und festgestellt. Bis zur Änderung betrug der Bilanzverlust TEUR 6.902. Die Eigenmittel betragen daher bis zur Feststellung des geänderten Jahresabschlusses TEUR 11.570.

Nach Grundsatz I sind verschiedene Mindestverhältnisse einzuhalten:

- Eigenkapitalquote mindestens 8%; dabei wird das haftende Eigenkapital den gewichteten Risikoaktiva gegenübergestellt.
- Eigenmittelquote mindestens 8%; dabei werden grundsätzlich die Eigenmittel (anrechenbare Eigenmittel) der Summe der Risikopositionen (gewichtete Risikoaktiva zzgl. 12,5faches der Marktrisikopositionen) gegenübergestellt.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Kennziffern:

in %	31.12.2007	Vorjahr
Eigenkapitalquote	98,3	93,0
Eigenmittelquote (Gesamtkennziffer)	15,4	12,2

Die bankenaufsichtsrechtlichen Eigenmittelgrundsätze (Eigenmittelquote) wurden im Berichtsjahr mit Ausnahme von vier Tagen eingehalten. Die Unterschreitungen der Kennziffern erfolgten vom 17. bis 20. Dezember 2007 an aufeinanderfolgenden Tagen und standen im Zusammenhang mit Berechnungsverfahren, die zum 1. Januar 2008 geändert wurden. Unter Anwendung dieser Änderungen zu den Stichtagen hätten sich keine Unterschreitungen ergeben.

Segmentberichterstattung

26. Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

In der nachfolgenden Segmentberichterstattung wird der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2007 nach den Geschäftsfeldern TradeCenter Aktien, TradeCenter Eigene Produkte und Sales Trading (zuvor Financial Services) gegliedert. Ausführungen zu den einzelnen Segmenten sind auch dem Konzernlagebericht zu entnehmen. Darüber hinaus werden Ertrags- und Aufwandsbestandteile, die keinen direkten Bezug zu den drei Hauptgeschäftsfeldern aufweisen, unter den Spalten Sonstiges und Konsolidierung erfasst. Außerdem sind hierin die Überleitungen auf das Konzernergebnis enthalten. Die Aufgliederung in diese Segmente entspricht interner Berichts-, Steuerungs- und Planungssystematik des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG (primäres Berichtsformat). Der Konzern der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG hat im Geschäftsjahr 2007 nahezu ausschließlich Geschäfte in Deutschland ausgeführt. Geschäfte, die im Ausland ausgeführt wurden, sind hinsichtlich ihrer Anzahl sowie ihres Umfangs von untergeordneter Bedeutung. Auf eine Darstellung nach geografischen Regionen kann daher verzichtet werden (sekundäres Berichtsformat).

26.1 Segment TradeCenter Aktien

Das Segment TradeCenter Aktien umfasst die Handelstätigkeit (Market Making) in Aktien über die elektronischen Handelsplattformen TradeLink und Quotrix sowie First Choice Markt, bei der die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG aufgrund von Privatkundenanfragen der Partnerbanken An- und Verkaufsgeschäfte in ausgewählten nationalen und internationalen Werten tätigt. Grundlage der Geschäfte bilden unter anderem Regularien der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Der Handel wird grundsätzlich

montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 23:00 Uhr, samstags von 10:00 Uhr bis 13:00 Uhr sowie sonntags von 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr angeboten.

26.2 Segment TradeCenter Eigene Produkte

Der Geschäftsbereich TradeCenter Eigene Produkte beinhaltet die Emission eigener Produkte (Optionsscheine und Zertifikate), insbesondere auf nationale und internationale Aktien, Indizes, Währungsrelationen, Rohwaren sowie Zinsentwicklungen bzw. von Themenzertifikaten. Darüber hinaus wird das Market Making in den eigenen Emissionspapieren betrieben.

26.3 Sales Trading

Der Geschäftsbereich Sales Trading umfasst die Akquisition und Abwicklung von institutionellen Kundenorders an Präsenzbörsen sowie in XETRA als auch die Kursstellung für das Blocktrading. Weiterhin werden Beratungsleistungen rund um das going & being public erbracht.

Darüber hinaus wird die Betreuung von Designated Sponsor-Mandaten betrieben. Das Liquidity-Providing für die betreuten Werte erfolgte bis Ende Oktober 2007 im Segment TradeCenter Aktien. Die Provisionserträge wurden bis zu diesem Zeitpunkt auf die Segmente TradeCenter Aktien und Sales Trading hälftig aufgeteilt. Mit Übernahme der Tätigkeiten des Liquidity-Providing werden die Erträge vollständig dem Bereich Sales Trading zugerechnet.

26.4 Segmentergebnisse

Die Aufteilung der Unternehmensbereiche stellt sich für die Geschäftsjahre 2007 und 2006 wie folgt dar:

Segmentergebnisse 2007

x 1.000 €	TradeCenter		Sales	Sonstiges	Konsolidierung/ Überleitung	Summe
	TradeCenter Aktien	Eigene Produkte				
Zinsergebnis	10	-1.068	0	3	0	-1.055
Provisionsergebnis	1.860	-186	4.019	0	0	5.693
Handelsergebnis (einschließlich Dividenden)	1.286	8.025	1.728	-436	89	10.692
Sonstige betriebliche Erträge	74	328	92	1.109	-932	671
Rohertag	3.230	7.099	5.839	676	-843	16.001
Personalaufwendungen	-1.172	-1.892	-2.931	-596	0	-6.591
Sachaufwendungen	-1.452	-2.631	-1.318	-225	-2.276	-7.902
Planm. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-12	-12	-12	-130	0	-166
Verwaltungsaufwendungen	-2.636	-4.535	-4.261	-951	-2.276	-14.659
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	-227	-12	-239
Operatives Ergebnis vor Ertragsteuern	594	2.564	1.578	-502	-3.131	1.103
Wesentliche nicht zahlungs- wirksame Aufwendungen ¹⁾	-1.786	-4.516	-494	-365	-89	-7.250

¹⁾ Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen betreffen das Bewertungsergebnis auf den aktivischen und passivischen Handelsbestand sowie die Bildung einer Rückstellung für den Sonderbeitrag Phoenix beim EdW.

Segmentergebnisse 2006

x 1.000 €	TradeCenter		Sales	Sonstiges	Konsolidierung/ Überleitung	Summe
	TradeCenter Aktien	Eigene Produkte				
Zinsergebnis	-3	-354	-59	0	0	-416
Provisionsergebnis	1.317	-253	3.150	0	0	4.214
Handelsergebnis (einschließlich Dividenden)	1.484	8.044	3.908	305	-138	13.603
Sonstige betriebliche Erträge	55	42	28	976	-976	125
Rohertag	2.853	7.479	7.027	1.281	-1.114	17.526
Personalaufwendungen	-1.543	-2.049	-2.907	-617	0	-7.116
Sachaufwendungen	-1.639	-2.181	-1.337	-185	976	-4.366
Planm. Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen	-4	-3	-3	-179	0	-189
Verwaltungsaufwendungen	-3.186	-4.233	-4.247	-981	976	-11.671
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	0	0	-7	-20	-27
Operatives Ergebnis vor Ertragsteuern	-333	3.246	2.780	293	-158	5.828
Wesentliche nicht zahlungs- wirksame Aufwendungen ¹⁾	-695	-5.346	16	141	0	-5.884

¹⁾ Wesentliche nicht zahlungswirksame Aufwendungen betreffen das Bewertungsergebnis auf den aktivischen und passivischen Handelsbestand.

26.5 Segmentvermögen

Die Segmentvermögenswerte und -verpflichtungen verteilen sich auf die einzelnen Segmente zum 31. Dezember 2007 und 31. Dezember 2006 wie folgt:

Segmentvermögen 31. Dezember 2007

x 1.000 €	TradeCenter		Sales	Sonstiges	Konsolidierung/ Überleitung	Summe
	TradeCenter Aktien	Eigene Produkte				
Segmentvermögenswerte	72.461	56.846	3.173	6.541	6.196	145.217
Segmentverpflichtungen	650	125.830	767	4.547	394	132.188

Segmentvermögen 31. Dezember 2006

x 1.000 €	TradeCenter		Sales	Sonstiges	Konsolidierung/ Überleitung	Summe
	TradeCenter Aktien	Eigene Produkte				
Segmentvermögenswerte	20.701	53.450	2.683	7.194	951	84.979
Segmentverpflichtungen	15.576	49.499	1.316	4.452	653	71.496

Die Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte betreffen im Wesentlichen solche in Hard- und Software, die zur Durchführung der Handelsgeschäfte

getätigt wurden und die von allen Segmenten gemeinsam genutzt werden. Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte, die über mehr als ein Jahr genutzt werden, wurden durch die nachfolgenden Segmente getätigt:

Investitionen in 2007

x 1.000 €	TradeCenter		Sales		Summe
	Aktien	Eigene Produkte	Trading	Sonstiges	
Sachanlagen	13	27	12	412	464
Immaterielle Vermögenswerte	66	18	32	67	183

Investitionen in 2006

x 1.000 €	TradeCenter		Sales		Summe
	Aktien	Eigene Produkte	Trading	Sonstiges	
Sachanlagen	0	0	0	14	14
Immaterielle Vermögenswerte	112	104	235	150	601

Erläuterungen zu Finanzinstrumenten

27. Kategorisierung

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Buchwerte (ohne Berücksichtigung von Wertberichtigungen) der Bilanzposten in den nach IAS 39 vorgegebenen Bewertungskategorien:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Aktivposten		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte (zu Handelszwecken gehalten)		
Handelsaktiva	125.682	70.144
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte		
Finanzanlagen	3.438	2.762
Kredite und Forderungen		
Forderungen an Kreditinstitute	7.702	8.770
Forderungen an Kunden	152	36
Forderungen gegen Mitarbeiter (Sonstige Aktiva)	26	18

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Passivposten		
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)		
Handelsspassiva	121.039	64.597
Finanzielle Verpflichtungen die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.061	16
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Sonstige Passiva)	1.201	1.219

28. Ergebnisse nach Kategorien

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Nettogewinne oder -verluste, untergliedert in die nach IAS 39 vorgegebenen Bewertungskategorien:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten), nicht hedge-accounting im Sinne von IAS 39 (vgl. Tz. 6)	10.692	13.603
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (vgl. Tz. 7)	612	0
Kredite und Forderungen (vgl. Tz. 13)	-27	-10
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden	0	0

Im Ergebnis der erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerte oder finanziellen Verpflichtungen sind Kursgewinne und Kursverluste aus der Handelstätigkeit, Transaktionskosten sowie Dividendenerträge und -aufwendungen enthalten.

Ergebnisse aus der Bewertung von zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten, die direkt im Eigenkapital hätten verrechnet werden müssen (Neubewertungsrücklage), sind in der Berichtsperiode nicht angefallen.

29. Beizulegender Zeitwert von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Hinsichtlich der Ausführungen zur Bestimmung des beizulegenden Zeitwertes wird auf Tz. 3.5 verwiesen.

In der nachfolgenden Übersicht wird der beizulegende Zeitwert und der Buchwert der finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten nach Kategorien und Klassen unterteilt angegeben:

x 1.000 €	Buchwert	Fair value	Buchwert	Fair value	Buchwert	Fair value	Buchwert	Fair value
	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2006	31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2006
AKTIVA								
Barreserve	3	3	6	6				
Kredite und Forderungen								
Forderungen an Kreditinstitute	7.702	7.702	8.770	8.770				
Forderungen an Kunden	152	152	36	36				
Forderungen an Mitarbeiter (Teil der sonstigen Aktiva, Tz. 19)	26	26	18	18				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte								
Handelsaktiva	125.682	125.682	70.144	70.144				
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte								
Finanzanlagen	3.438	3.438	2.762	2.762				
PASSIVA								
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden								
Verbindlichkeiten gegenüber								
Kreditinstituten	1.061	1.061	16	16				
Verbindlichkeiten gegenüber Mitar- beitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.734	1.734	1.813	1.813				
Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienst- leistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.201	1.201	1.219	1.219				
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)	1.996	1.996	1.145	1.145				
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten), nicht hedge-accounting im Sinne von IAS 39								
Handelspassiva	121.039	121.039	64.597	64.597				

30. Risikobericht

Eine ausführliche Berichterstattung zu den Risiken aus der Geschäftstätigkeit des Konzerns Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, die sich insbesondere in Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken (einschließlich Zinsrisiken), Liquiditätsrisiken und operationelle Risiken untergliedern lassen, sowie deren Messung, Überwachung und Steuerung im Rahmen des Risikomanagements ist Bestandteil des Konzernlageberichts, auf den wir an dieser Stelle verweisen.

31. Kreditausfallrisiko

Die nachfolgende Übersicht gibt Auskunft über das maximale Kreditausfallrisiko, betreffend offene Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden. Sicherheiten werden durch die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nicht gehalten.

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Forderungen gegen Kreditinstitute	7.702	8.770
Forderungen gegen Kunden (vor Wertberichtigungen)	164	36
Summe maximales Ausfallrisiko	7.866	8.806

Forderungen gegen Kreditinstitute betreffen mit TEUR 5.302 (Vorjahr: TEUR 7.609) kurzfristige Forderungen gegen HSBC Trinkaus & Burkhardt AG, die über ein aktuelles AA Rating der Ratingagentur Fitch verfügt.

Die Forderungen gegen Kreditinstitute betreffen mit Ausnahme von TEUR 69 (Vorjahr: TEUR 68) ausschließlich solche gegen inländische Kreditinstitute. Forderungen gegen

Kunden in Höhe von TEUR 152 (Vorjahr: TEUR 36) betreffen mit TEUR 76 (Vorjahr: TEUR 36) inländische sowie in Höhe von TEUR 76 (Vorjahr: TEUR 0) ausländische Kunden und wurden bis zum Erstellungszeitpunkt mit Ausnahme von TEUR 59 beglichen.

Sonstige Aktiva, die der Kategorie Kredite und Forderungen zugeordnet werden, betreffen Forderungen an eigene Mitarbeiter (TEUR 26; Vorjahr: TEUR 18), bei denen bislang Ausfällen erkennbar sind.

Anhand der folgenden Aufstellung kann das maximale Kreditausfallrisiko, betreffend derivative Finanzinstrumente entnommen werden. Der gesamte Bestand wird zu Handelszwecken gehalten und zum beizulegenden Zeitwert bewertet, der den Wieder-eindeckungsaufwand darstellt, der beim Ausfall des Kontrahenten aufzuwenden wäre.

Derivative Finanzinstrumente

x 1.000 €	Stück	Nominalwert ¹⁾	beizulegender Zeitwert ²⁾		Stück	beizulegender Zeitwert ²⁾		
			31.12.2007	Vorjahr		31.12.2007	Vorjahr	
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte, Börsengehandelte Produkte (Eurex)								
Aktien-/Index-Optionen								
– Käufe (long-Bestände)								
– Call Optionen Restlaufzeit ≤1 Jahr	35.713	124.008	1.991	1.707				
– Call Optionen Restlaufzeit 1–5 Jahre	1.964	6.082	56	432				
– Put Optionen Restlaufzeit ≤1 Jahr	830	3.600	57	409				
– Put Optionen Restlaufzeit 1–5 Jahre	40	29	4	34				
		133.719	2.108	2.582				
– Verkäufe (short-Bestände)								
– Call Optionen Restlaufzeit ≤1 Jahr	-40.023	-190.212	-19.617	-33.685				
– Call Optionen Restlaufzeit 1–5 Jahre	-10.422	-25.297	-3.622	-1.403				
– Put Optionen Restlaufzeit ≤1 Jahr	-7.278	-131.698	-4.725	-1.375				
– Put Optionen Restlaufzeit 1–5 Jahre	-2.000	-2.750	-211	-584				
		-349.957	-28.175	-37.047				
Aktien-/Index-Futures								
– Käufe (long-Bestände)	7		1.425					
– Verkäufe (short-Bestände)				22.452				
OTC Produkte								
Aktien-/Aktienindex-Optionen								
– Put Optionen Restlaufzeit ≤1 Jahr								1
Währungsbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (Eurex)								
Währungs-Futures								
– Käufe (long-Bestände)								18.696
– Verkäufe (short-Bestände)		-9					-1.657	
Zinsbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (Eurex)								
Zins-Futures								
– Käufe (long-Bestände)								197.251
– Verkäufe (short-Bestände)		-7					-79.177	
Rohwarenbezogene Geschäfte Börsengehandelte Produkte (IPE)								
Oil-Futures								
– Käufe (long-Bestände)								1.035
– Verkäufe (short-Bestände)		-3					-282	

¹⁾ Kontraktgröße multipliziert mit dem Basispreis²⁾ Beizulegender Wert ermittelt aus Kontraktgröße multipliziert mit dem Börsenpreis

Aufgrund der Art des Geschäftes der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG wurde mit Ausnahme der OECD-Länderratings auf den Einsatz von internen oder externen Bonitätsbewertungssystemen zur Ermittlung von Kreditqualitäten von finanziellen Vermögenswerten verzichtet; dies insbesondere aufgrund der Tatsache, dass sich eine Bonitätsverschlechterung unmittelbar im Marktpreis der Handelsbestände widerspiegelt, der Grundlage der jeweiligen Bewertungen dieser ist.

Die nachfolgende Übersicht gliedert die Handelsbestände, die der Kategorie erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte zugerechnet werden, nach der Art der Finanzprodukte und der Herkunft der Emittenten:

x 1.000 €	31.12.2007	Vorjahr
Inländische Emittenten		
Aktien, Optionsscheine und Zertifikate	85.951	60.060
Investmentanteile	4.306	1.070
Optionen	2.108	2.583
Anleihen	48	97
	92.413	63.810
Ausländische Emittenten		
Aktien und Optionsscheine	24.422	5.758
Investmentanteile	8.847	576
	33.269	6.334
Gesamtsumme	125.682	70.144

Die Handelsbestände ausländischer Emittenten weisen, bezogen auf das Emittentenland, nachfolgende OECD Länderklassifizierungen auf einer Skala von 0 (hohe bis höchste Qualität) bis 7 (niedrigste Qualität) auf:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
OECD Kategorie 0	32.237	6.065
OECD Kategorie 1	161	0
OECD Kategorie 2	526	179
OECD Kategorie 3	343	87
OECD Kategorie 5	2	3
	33.269	6.334

Optionen betreffen mit TEUR 2.108 (Vorjahr: TEUR 2.583) solche, die an Terminbörsen mit Margenverpflichtungen erworben wurden.

Bei der Finanzanlage (Buchwert: TEUR 3.438; Vorjahr: TEUR 2.762) handelt es sich um eine Venture-Capital-Gesellschaft, die sich bislang ausschließlich an inländischen Gesellschaften beteiligt hat. Die Bonität der Finanzanlage überprüfen wir anhand regelmäßiger Unterlagen der Gesellschaft als auch anhand von Unterlagen über das Beteiligungsportfolio der Gesellschaft.

Risikokonzentrationen können grundsätzlich durch eine Häufung von Ausfallrisiken gegenüber einzelnen Kontrahenten auftreten. Diese werden insbesondere durch die Beachtung aufsichtsrechtlicher Vorgaben der Groß- und Millionenkreditverordnung

vermieden. Im Sinne dieser Vorschriften ist die Beteiligung an der KTB eine Risikokonzentration, da die Beteiligung in Höhe von TEUR 3.438 mehr als 25% der Eigenmittel ausmacht. Die KTB als Beteiligungsunternehmen hält eine Vielzahl an Beteiligungen kleiner bis mittelständiger Unternehmen, wodurch zugleich eine Risikodiversifizierung besteht.

32. Überfällige oder wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte

Für den drohenden Ausfall aufgrund von Bonitätsverschlechterungen bei Forderungen an Kunden werden Einzelwertberichtigungen gebildet, die auf der Aktivseite von den Forderungen an Kunden abgesetzt werden. Zum 31. Dezember 2007 bestehen überfällige Vermögenswerte in Höhe von TEUR 12 (Vorjahr: TEUR 0). Diese wurden im Berichtsjahr wertberichtigt.

Wertminderungen auf finanzielle Vermögenswerte erfolgen aufgrund erkennbarer Bonitätsverschlechterungen. Solche werden insbesondere angenommen, wenn eine Forderung überfällig sowie trotz eingeleiteter Mahnverfahren nicht eingetrieben werden konnte, Kenntnis über ein beantragtes Insolvenzverfahren vorliegt oder vergleichbare Verfahren bekannt werden. In der Regel erfolgt die Bildung einer Wertberichtigung sodann in Höhe der bilanzierten Forderung. Die im Berichtszeitraum vorgenommenen Wertberichtigungen (vgl. Tz. 13) erfolgten aufgrund eröffneter Insolvenzverfahren der Schuldner.

Überfällige, aber nicht wertgeminderte Vermögenswerte bestanden nicht.

Sicherheiten werden nicht gehalten.

33. Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken, die unter die Verfügbarkeit liquider Mittel zu subsumieren sind, sind aufgrund der vorliegenden Finanzausstattung grundsätzlich eher von untergeordneter Bedeutung. Dennoch überwachen wir die Liquiditätslage in angemessener Weise täglich und berücksichtigen zudem Liquiditätsrisiken im Rahmen der Risikotragfähigkeitsanalyse durch die Berechnung eines Zinsschocks.

Die nach Restlaufzeiten gegliederten finanziellen Verpflichtungen zum Bilanzstichtag stellen sich wie folgt dar:

31. Dezember 2007

x 1.000 €	mehr als		mehr als		ohne	Summe
	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.061					1.061
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.734					1.734
Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.201					1.201
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)			1.996			1.996
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)						
Handelsspassiva	121.039					121.039

31. Dezember 2006

x 1.000 €	mehr als		mehr als		ohne	Summe
	bis 3 Monate	3 Monate bis 1 Jahr	1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre		
Finanzielle Verpflichtungen, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden						
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16					16
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.813					1.813
Verbindlichkeiten aus Waren- und Dienstleistungseinkäufen (Teil der sonstigen Passiva, Tz. 24)	1.219					1.219
Gesamtausgleichsverpflichtung KTB (Teil der sonstigen Rückstellungen, Tz. 23)			1.145			1.145
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verpflichtungen (zu Handelszwecken gehalten)						
Handelsspassiva	64.597					64.597

34. Marktrisiko

Marktrisiken unterliegt die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG im Wesentlichen aus ihrer Handelstätigkeit sowie durch kurzfristiges Halten von Finanzinstrumenten.

Nachfolgende Tabelle gibt eine Übersicht über die Währungsbeträge (umgerechnet in TEUR) bzw. die Marktrisiken der Handelsbestände:

x 1.000 €	USD- Positionen	EUR- Positionen	Buchwert 31.12.2007	USD- Positionen	EUR- Positionen	Buchwert Vorjahr
Forderungen an Kreditinstitute	20	7.682	7.702	2.346	6.424	8.770
Handelsaktiva						
- Währungsderivaterisiko ¹⁾				18.696		18.696
- Rohstoffderivaterisiko ¹⁾				1.035		1.035
Verbindlichkeiten gegenüber						
Kreditinstituten	0	1.061	1.061	0	16	16
Handelsaktiva						
- Währungsderivaterisiko ¹⁾	-1.657		-1.657			
- Rohstoffderivaterisiko ¹⁾	-282		-282			

¹⁾ Beizulegender Wert ermittelt aus Kontraktgröße multipliziert mit dem Börsenpreis

Die unter den Währungsderivaten und Rohstoffderivaten ausgewiesenen USD-Risiken stehen Gegengeschäfte (eigene Optionsscheine) gegenüber.

Der Vorstand hat aufgrund dessen Art und Umfang von Sensitivitätsanalysen in Form von Szenarien auf den Handelsbestand vorgegeben und lässt sich laufend über deren Ergebnisse unterrichten. Bei der Berechnung der Sensitivitätsanalysen wurden u.a. die folgenden wahrscheinlichen Risiko-Szenarien zu Grunde gelegt:

Marktrisiko	Veränderung		
	negatives Szenario	positives Szenario	
	Änderung der		
	Markt	impliziten Volatilität	Markt
	(in %)	(in Prozentpunkten)	(in %)
Aktienkursrisiko	-3%	-	+1%
Aktienderivaterisiko	-3%	+5%/-	+1%
Rohstoffderivaterisiko	-3%	+5%/-	+1%
Währungsderivaterisiko	-2%	+2%/-	+1%
Rohstoffderivaterisiko	-3%	+5%/-	+1%
Zinsrisiken	-0,5%	-	+1%

Aus den Szenarien ergaben sich zum 31. Dezember 2007 nachfolgende Szenarioergebnisse, die sich in gleicher Höhe auf das Ergebnis und das Eigenkapital auswirken würden:

x 1.000 €	31.12.2007	31.12.2007	Vorjahr	Vorjahr
	negatives Szenario	positives Szenario	negatives Szenario	positives Szenario
1. Aktienkursrisiko	-98	40	-120	32
2. Aktienderivaterisiko	-33	-38	-644	0
3. Rohstoffderivaterisiko	3	0	0	-1
4. Währungsderivaterisiko	-5	9	-7	-3
5. Zinsrisiken	0	6	-3	-1
6. Ergebnis der Stress-Szenarien	-133	17	-774	27

Das Szenarioergebnis auf einen Bilanzstichtag muss nicht repräsentativ für die Berichtsperiode sein, da täglich unterschiedliche Bestände gehalten werden, die zu unterschiedlichen Szenarioergebnissen führen können. Im Berichtszeitraum ergaben sich nachfolgende Beträge:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
negatives Szenario		
Durchschnittliches Szenarioergebnis	-473	-537
Negativstes Szenarioergebnis	-1.126	-1.526
Positivstes Szenarioergebnis	-86	+108
positives Szenario		
Durchschnittliches Szenarioergebnis	+13	-57
Negativstes Szenarioergebnis	-249	-800
Positivstes Szenarioergebnis	+184	+170

Sonstige Angaben

35. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 3.768 (Vorjahr: TEUR 2.482). Diese beinhalten im Wesentlichen Miet- und Lizenzentgelte.

36. Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nennenswerte Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- oder Vermögenslage des Konzerns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG haben könnten und über die zu berichten wäre, liegen nicht vor.

37. Angaben über Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäftsvorfälle zwischen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG und der konsolidierten Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Gate GmbH sowie der in 2007 liquidierten Lang & Schwarz E-World Broker GmbH i.L., die nahe stehende Unternehmen und Personen sind/waren, wurden im Zuge der Konsolidierung eliminiert und werden in dieser Anhangangabe nicht erläutert. Einzelheiten zu Geschäftsvorfällen zwischen dem Konzern und anderen nahe stehenden Unternehmen und Personen sind nachfolgend offengelegt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, ist aufgrund direkter bzw. indirekter Beteiligungen ein nahe stehendes Unternehmen der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, das maßgeblichen Einfluss auf die finanz- und geschäftspolitischen Entscheidungen nehmen könnte. Im Berichtsjahr war der Generalbevollmächtigte der M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, Herr Thomas Schult, Hamburg, Aufsichtsratsmitglied der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Für diese Tätigkeit erhielt Herr Schult die nachstehend unter Tz. 37.3 aufgeführte Vergütung.

Die Geschäfte mit M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, hatten nachfolgenden Umfang:

x 1.000 €	2007	Vorjahr
Erträge im Zusammenhang mit der Handelstätigkeit	280	221
Sonstige Aufwendungen	20	5

Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Leistungsbeziehungen mit M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, zu marktüblichen Bedingungen durchgeführt.

Der Personenkreis der Mitglieder des Managements in Schlüsselpositionen umfasst sämtliche Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats.

37.1 Konzernvorstände und Konzerngeschäftsführer

Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bzw. Geschäftsführer der Lang & Schwarz Gate GmbH waren am 31. Dezember 2007:

Herr André Bütow, Vorstand, Neuss
Herr Peter Zahn, Vorstand, Düsseldorf

Die Mitglieder des Vorstands, Herr Bütow und Herr Zahn, sind bis zum Jahr 2012 bestellt.

37.2 Aufsichtsratsmitglieder

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzte sich im Geschäftsjahr 2007 wie folgt zusammen:

Herr Jochen von Ciriacy-Wantrup, Bankier i.R., Friedberg (Vorsitzender)
Herr Aribert Lieske, Steuerberater, Düsseldorf (stellvertretender Vorsitzender)
Herr Thomas Schult, Bankkaufmann bei der M.M.Warburg & CO KGaA in Hamburg, Hamburg

37.3 Vergütung der Organmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienausgaben, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die **Gesamtbezüge** der Organe im Geschäftsjahr 2007 (Vorjahr) stellen sich wie folgt dar:

x 1.000 €	Fixe Vergütung	Variable Vergütung	Sachbezüge
Vorstandsmitglied			
André Bütow	279 (275)	300 (575)	10 (6)
Peter Zahn	279 (275)	300 (575)	10 (7)

In den Dienstleistungsverträgen der Vorstände ist für den Fall, dass nach Ablauf des Beststellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25% des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann – unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte – das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75% der zwischen dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehenden Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrages gezahlt. Bei der Berechnung des 75%-igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitglieds ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

- a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen oder
- b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrats auf die Arbeit des Vorstands im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen.

Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass die Mitglieder des Vorstands bei Ausübung ihrer Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen werden.

Die **Gesamtbezüge des Aufsichtsrats** der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemessen sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Danach erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats eine fixe Vergütung in Höhe von TEUR 37,5 zzgl. Mehrwertsteuer. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält TEUR 50 zzgl. Mehrwertsteuer. Erstattet werden auch aufgrund der Ausübung des Amtes entstehende Auslagen einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder. Ausgewiesen werden die Aufwendungen des Geschäftsjahres 2007. Diese unterteilen sich in die Erhöhung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 20. Juni 2007 sowie in die Vergütung für das Geschäftsjahr 2007. Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 38 zzgl. Mehrwertsteuer seiner Bezüge verzichtet, damit insgesamt auf TEUR 45.

x 1.000 €	Vergütung für das Geschäftsjahr 2007	Erhöhung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2006	Vorjahr
Aufsichtsratsmitglieder			
Aufsichtsvorsitzender			
Jochen von Ciriacy-Wantrup	45	42	17
(ohne Mehrwertsteuer)	(38)	(35)	(15)
Stellvertretender Aufsichtsvorsitzender			
Aribert Lieske	30	33	12
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(28)	(10)
Aufsichtsratsmitglied			
Thomas Schult	30	35	10
(ohne Mehrwertsteuer)	(25)	(28)	(10)

Eine Beschreibung der Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands sowie der Mitglieder des Aufsichtsrats ist auch im Vergütungsbericht wiedergegeben. Dieser ist Bestandteil des Konzernlageberichts der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG.

38. Honorar des Abschlussprüfers

Die im Geschäftsjahr erfassten Aufwendungen an den Abschlussprüfer betragen TEUR 125 für erfasste Honorare für die Abschlussprüfung sowie TEUR 7 für sonstige Leistungen.

39. Mitteilungen über das Bestehen von Beteiligungen nach § 21 WpHG an der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 31,48% (990.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 18,45% (580.350 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die M.M.Warburg & CO KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 18,45% (580.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 6,83% (215.000 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Das Bankhaus Carl F. Plump & Co., Bremen, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1a WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 27. September 2006 6,83% (215.000 Stimmrechte) beträgt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 28. September 2006 die Schwelle von 25% unterschritten hat und nun 24,65% (775.350 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 11,62% (365.350 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Das Bankhaus Carl F. Plump & Co., Bremen, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 28. September 2006 die Schwelle von 5% unterschritten hat und nun 0% beträgt.

Die M.M.Warburg & CO Gruppe KGaA, Hamburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 6. Oktober 2006 die Schwelle von 25% überschritten hat und nun 25,06% (788.168 Stimmrechte) beträgt. Davon sind 12,03% (378.168 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die LRI Invest S.A., Munsbach/Luxembourg, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 10. April 2007 die Schwelle von 5% überschritten hat und nun 5,48% (172.491 Stimmrechte) beträgt.

Die Milon Trading AG, Zug, Schweiz, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 21. Februar 2007 die Schwelle von 3% und 5% überschritten hat und nun 5,02% (157.982 Stimmrechte) beträgt.

Die Milon Trading AG, Zug, Schweiz, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 3. Dezember 2007 die Schwelle von 5% und 3% unterschritten hat und nun 0,00% (0 Stimmrechte) beträgt.

Die Futures Computer Trading Limited, Gibraltar/Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 7. Juni 2007 die Schwelle von 3% überschritten hat und nun 3,006% (94.558 Stimmrechte) beträgt.

Die Futures Computer Trading Limited, Gibraltar/Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 13. Juni 2007 die Schwelle von 5% überschritten hat und nun 5,12% (161.055 Stimmrechte) beträgt.

Herr Jörg Reuter, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 18. Dezember 2006 die Schwelle von 5% unterschritten hat und nun 4,9% (154.439 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 4,9% (154.439 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die Reuter Vermögensverwaltungs- und Hausverwaltungs-GmbH, Bad Homburg, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 18. Dezember 2006 die Schwelle von 5% unterschritten hat und nun 4,9% (154.439 Stimmrechte) beträgt.

Herr Jörg Reuter, Deutschland, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 15. Februar 2007 die Schwelle von 3% unterschritten hat und nun 2,25% (70.717 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 2,25% (70.717 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Die ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3%, 5% und 10% überschritten hat und nun 10,05% (316.112 Stimmrechte) beträgt.

Herr Pino Curcio, Gibraltar, hat nach § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil am 30. November 2007 die Schwellen von 3%, 5% und 10% überschritten

hat und nun 10,05% (316.112 Stimmrechte) beträgt. Davon sind ihm 10,05% (316.112 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der ARB Financial Group Plc, Gibraltar, Gibraltar zuzurechnen.

40. Entsprechenserklärung nach § 161 AktG

Vorstand und Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG haben mit Datum vom 28. August 2007 bzw. 17. März 2008 eine Erklärung zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gem. § 161 AktG abgegeben. Die letzte Erklärung ist auf der Homepage der Gesellschaft einzusehen.

41. Zeitpunkt der Freigabe zur Veröffentlichung

Der IFRS-Konzernabschluss der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG zum 31. Dezember 2007 wird durch den Vorstand zur Veröffentlichung am 18. April 2008 freigegeben. Die Veröffentlichung auf der Homepage der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG erfolgt am 30. April 2008.

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

„Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz-, und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.“

Düsseldorf, den 18. April 2008

Der Vorstand



André Bütow



Peter Zahn

Konzernabschluss Entwicklung des Anlagevermögens

vom 1. Januar 2007 bis 31. Dezember 2007
nach International Financial Reporting Standards (IFRS)

x1.000 €

	Historische Anschaffungskosten				Kumulierte Abschreibungen				Restbuchwerte		
	01.01.2007	Zugänge	Abgänge	31.12.2007	01.01.2007	Zugänge	Abgänge	Zuschreibung 31.12.2007	31.12.2007	31.12.2006	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Software	3.188	183	219	3.152	2.532	45	218	0	2.359	793	656
2. Geschäfts- oder Firmenwert *)	597	0	595	2	597	0	595	0	2	0	0
	3.785	183	814	3.154	3.129	45	813	0	2.361	793	656
II. Sachanlagen											
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung /Hardware	6.468	338	424	6.382	6.437	78	424	0	6.091	291	31
2. PKW	35	0	0	35	35	0	0	0	35	0	0
3. Einbauten	966	104	888	182	946	21	888	0	79	103	20
4. GWG	0	22	22	0	0	22	22	0	0	0	0
	7.469	464	1.334	6.599	7.418	121	1.334	0	6.205	394	51
III. Finanzanlagen											
Beteiligungen	3.531	64	0	3.595	769	0	0	612	157	3.438	2.762
	14.785	711	2.148	13.348	11.316	166	2.147	612	8.723	4.625	3.469

*) in den Abgängen enthalten ist ein Geschäfts- oder Firmenwert der ehemaligen Tochtergesellschaft Lang & Schwarz Financial Services GmbH, Düsseldorf

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG, Düsseldorf, aufgestellten Konzernabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Anhang - sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung gemäß § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-

Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG,

Düsseldorf, den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 25. April 2008

Deloitte & Touche GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Dr. Braun gez. ppa. Neuhaus
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Bericht zur Corporate Governance

Gemeinsamer Bericht von Aufsichtsrat und Vorstand

der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gemäß
Ziffer 3.10 des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Vorstand und Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehen mit den Prinzipien guter Corporate Governance konform und fühlen sich diesen verpflichtet. Eine verantwortungsvolle, den Interessen der Aktionäre entsprechende Unternehmensführung genießt bei der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG höchste Priorität und ist auf eine nachhaltige Wertschöpfung ausgerichtet.

Die Unternehmensführung und -kontrolle der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG entsprechen den

jeweils gültigen rechtlichen Rahmenbedingungen sowie den Erfordernissen des Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 14. Juni 2007.

Am 17. März 2008 haben Vorstand und Aufsichtsrat die jährliche Entsprechenserklärung gemäß §161 AktG abgegeben. Ausnahmen bestehen aufgrund der Unternehmensgröße, der Struktur sowie unternehmensspezifischen Gegebenheiten und werden im Folgenden erläutert:

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten im Interesse der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG eng und vertrauensvoll zusammen. Der Vorstand leitet die Gesellschaft und führt deren Geschäfte. Er ist an das Unternehmensinteresse gebunden und der Steigerung des nachhaltigen Unternehmenswertes verpflichtet. Er entwickelt die strategische Ausrichtung des Unternehmens, stimmt sie mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht dessen Geschäftsführung. Dabei berichtet der Vorstand dem Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend über alle relevanten Fragen der Unternehmensplanung und der strategischen Weiterentwicklung, über den Gang der Geschäfte, die Lage des

Unternehmens einschließlich der Risikolage, das Risikomanagement und die Compliance.

Vorstand

Der Vorstand der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG besteht mit Herrn Peter Zahn und Herrn André Bütow nach wie vor aus zwei gleichberechtigten Mitgliedern. Aktuell ist eine Ernennung eines Vorsitzenden oder eines Vorstandssprechers nicht geplant, da dem Vorstand lediglich zwei Mitglieder angehören. Diese Auffassung teilt auch der Aufsichtsrat, womit der Empfehlung in Punkt 4.2.1 nicht entsprochen wird.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder umfasst feste und variable Bestandteile. Die variablen Bestandteile werden jährlich wiederkehrend am geschäftlichen Erfolg der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemessen. Eine detaillierte Offenlegung der Vorstandsbezüge wird im nachfolgenden Vergütungsbericht erläutert.

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehören unverändert drei Mitglieder an: Herr Jochen von Ciriacy-Wantrup, Herr Aribert Lieske sowie Herr Thomas Schult. Herr Aribert Lieske und >>

Herr Thomas Schult sind für Geschäftspartner der Gesellschaft tätig und gleichzeitig verpflichtet, auftretende Interessenskonflikte unverzüglich zu melden. Eine unabhängige Beratung und die objektive Überwachung des Vorstandes ist somit gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2007 kam es zu keinen Abweichungen von der für diesen Zeitraum geltenden Entsprechungserklärung. Interessenskonflikte sind nicht aufgetreten.

Der Aufsichtsrat bildet in Anbetracht seiner Struktur keine Ausschüsse und entspricht somit nicht den Empfehlungen in Ziffer 5.3.1, Ziffer 5.3.2 und Ziffer 5.3.3. Zentrale Aufgabe des Aufsichtsrates ist die regelmäßige Überwachung des Vorstandes bei der Unternehmensführung.

Zudem erörtert der Aufsichtsrat die Zwischenmitteilung, den Halbjahresfinanzbericht und prüft den Jahresabschluss und den Konzernabschluss sowie den Lagebericht und den Konzernlagebericht nebst der Verwendung des Bilanzgewinns der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG. Darüber hinaus entscheidet der Aufsichtsrat auch über die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes. Dabei wird jedoch auf eine generelle Altersgrenze für Vorstände gemäß Ziffer 5.1.2 verzichtet. Aus Sicht der Gesellschaft sind allein Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen von wesentlicherer Bedeutung.

Die Wahlen zum Aufsichtsrat sollen unter Berücksichtigung der einfachen Handhabung nur als Einzelwahl durchgeführt werden. Insbesondere dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates muss im Zuge seiner koordinierenden Tätigkeit ein hohes Maß an Vertrauen und Akzeptanz zugesprochen werden. Somit besteht in Anlehnung an Ziffer 5.4.3. keine zwingende Notwendigkeit, den Aktionären einzelne Kandidatenvorschläge für den Vorsitz des Aufsichtsrates zu unterbreiten bzw. bekannt zu geben.

Nach Ziffer 5.4.1. wird zudem auf die Festlegung einer Altersgrenze bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates verzichtet.

Die Vergütung an den Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 45 verzichtet.

Eine detaillierte Aufschlüsselung und Offenlegung der Gesamtvergütung des Aufsichtsrats ist im nachfolgenden Vergütungsbericht dargelegt.

Directors Dealings

Im Geschäftsjahr 2007 wurden folgende mitteilungspflichtigen Erwerbs- und Veräußerungsgeschäfte von Organmitgliedern und sonstigen Führungskräften entsprechend § 15a WpHG der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gemeldet: >>

Transaktionen in Aktien (WKN 645932) der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG:

Datum	Name	Funktion	Kauf/Verkauf	Preis in EUR	Stück	Betrag in EUR
20.12.2007	André Bütow	Geschäftsführendes Organ	Kauf	4,93	1.277	6.295,61
19.12.2007	André Bütow	Geschäftsführendes Organ	Kauf	4,82	223	1.074,86
17.12.2007	André Bütow	Geschäftsführendes Organ	Kauf	5,07	460	2.332,20
27.11.2007	André Bütow	Geschäftsführendes Organ	Kauf	5,07	500	2.535,00
26.11.2007	André Bütow	Geschäftsführendes Organ	Kauf	5,05	1.540	7.777,00
23.11.2007	Peter Zahn	Geschäftsführendes Organ	Kauf	4,98	20	99,60
23.11.2007	Peter Zahn	Geschäftsführendes Organ	Kauf	5,05	820	4.141,00
07.05.2007	Alexander Zahn	Unterhaltsberechtigtes Kind eines geschäftsführenden Organs	Verkauf	10,7	2.500	26.750,00
07.02.2007	Karin von Ciriacy-Wantrup	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines Verwaltungs- oder Aufsichtsorgans	Kauf	10,2	700	7.140,00
02.01.2007	Annegret Zahn	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs	Kauf	11	1.300	14.300,00
02.01.2007	Constantin Zahn	Unterhaltsberechtigtes Kind eines geschäftsführenden Organs	Kauf	11	800	8.800,00

Transaktionen in Optionsscheinen (WKN 645937) auf Aktien der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG:

Datum	Name	Funktion	Kauf/Verkauf	Preis in EUR	Stück	Betrag in EUR
15.02.2007	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs	Kauf	6,3	1.000	6.300,00
15.02.2007	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs	Kauf	6	50	300,00
15.02.2007	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines geschäftsführenden Organs	Kauf	6,52	1.000	6.520,00
15.02.2007	Heike Bütow	Ehe- oder eingetragener Lebenspartner eines Geschäftsführenden Organs	Kauf	6,3	450	2.835,00

Rechnungslegung

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG informiert sämtliche Interessengruppen zeitnah, umfassend und gleichmäßig. Gemäß Ziffer 7.1.2 des Corporate Governance Kodex soll eine Veröffentlichung des Konzernabschlusses binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende erfolgen. Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG behält sich vor, aufgrund innerbetrieblicher Prozesse den Konzernabschluss 120 Tage nach Ablauf des Geschäftsjahres zu publizieren. Die Offenlegung der Zwischenberichte erfolgt 45 Tage nach Ende des Berichtszeitraumes und somit wie im Kodex empfohlen. Im Einzelfall können die genannten Fristen unwesentlich überschritten werden.

Transparenz

Die Homepage der Gesellschaft stellt eine Übersicht sämtlicher Finanzkennzahlen zur Verfügung. Ebenso stehen in der Rubrik „Investor Relations“ Finanzberichte (Zwischenmitteilungen, Halbjahresfinanzberichte, Jahresabschlüsse und Geschäftsberichte) zum Download bereit. Sie beinhaltet auch einen Finanzkalender, der über wesentliche Termine und Veröffentlichungen informiert.

Die Mitglieder des Vorstands sind am Grundkapital der Gesellschaft mit der nachstehenden Zahl von Stückaktien beteiligt (Stand: im April 2008):

Peter Zahn: 31.000 Stückaktien
André Bütow: 29.000 Stückaktien

Mitglieder des Aufsichtsrats sind am Grundkapital der Gesellschaft mit der nachstehenden Zahl von Stückaktien beteiligt (Stand: im April 2008):

Jochen von Ciriacy-Wantrup: 22.000 Stückaktien
Aribert Lieske: 27.500 Stückaktien

Auf der Unternehmens-Website www.ls-d.de ist die aktuelle, seitens des Vorstandes und Aufsichtsrates



17. März 2008 verabschiedete Entsprechenserklärung öffentlich einzusehen. Weiterhin steht hier die Unternehmenssatzung sowie der vollständige Deutsche Corporate Governance Kodex zur Verfügung.

Etwas aktuelle Entwicklungen bezüglich der Corporate Governance Standards werden darüber hinaus öffentlich gemacht und dargestellt.

Die Satzung entspricht in ihrer aktuellen Fassung - ebenso wie die Geschäftsordnungen der Organe - allen Erfordernissen des Kodex.

Vergütungsbericht

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG setzt sich aus festen Gehaltsbestandteilen und einer variablen, in Abhängigkeit vom Geschäftserfolg gewährten Vergütung zusammen. Darüber hinaus werden Sachzuwendungen in Form von Dienstwagenüberlassungen gewährt. Pensionszusagen, unentgeltliche Aktienausgaben, Aktienoptionen oder sonstige aktienbasierte Vergütungen werden dem Vorstand nicht gewährt.

Die variable Vergütung bemisst sich auf Basis eines analog nach HGB ermittelten Konzernergebnisses, unter Berücksichtigung von Sondereinflüssen sowie einer Mindestverzinsung

des eingetragenen Grundkapitals der Gesellschaft. Von dieser Regelung kann in Sonderfällen abgewichen werden.

Weiterhin ist in den Dienstleistungsverträgen der Vorstände für den Fall, dass nach Ablauf des Bestellungszeitraums keine weitere Bestellung erfolgt, vorgesehen, dass die Gesellschaft für den Zeitraum von zwölf Monaten ein Übergangsgeld i.H.v. TEUR 10 p.M. zahlt, solange der jeweilige Vorstand kein neues Beschäftigungsverhältnis eingeht. Eine Verpflichtung zur Zahlung des Übergangsgeldes besteht nicht, wenn die Voraussetzung einer Kündigung nach § 626 BGB zum Zeitpunkt der Beendigung des Dienstverhältnisses vorliegt.

Es bestehen Vereinbarungen mit jedem Vorstandsmitglied für den Fall, dass es innerhalb der Laufzeit des Dienstvertrags zum Eintritt eines neuen Großaktionärs mit mehr als 25% des Aktienbestandes kommt. Die Gesellschaft hat sodann - unbeschadet weitergehender gesetzlicher Rechte - das Recht, die Bestellung mit einer Frist zum Monatsende des 6. auf das Ereignis folgenden Monats zu widerrufen und den Dienstvertrag mit Wirkung auf diesen Beendigungstermin unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu kündigen. Dem Vorstandsmitglied wird als Abstandszahlung/Entschädigung in diesem Fall zum Zeitpunkt des Ausscheidens ein Betrag in Höhe von 75% der zwischen

dem vorzeitigen Vertragsende und dem Ende der Laufzeit rechnerisch noch anstehenden Bezüge nach den entsprechenden Regelungen des Dienstvertrages gezahlt. Bei der Berechnung des 75%-igen Tantiemeanteils wird als Berechnungsbasis der Durchschnitt der zuletzt bezogenen beiden Jahrestantiemen zugrunde gelegt. Sachbezüge werden mit dem steuerlichen Ansatz berücksichtigt.

Das gleiche Sonderkündigungsrecht wie zuvor hat in solcher Situation seinerseits das Vorstandsmitglied. Dieses Recht des Vorstandsmitgliedes ist jedoch auf den Fall eingeschränkt,

- a) dass nach Eintritt des neuen Großaktionärs der Katalog der Geschäfte erweitert oder verschärft wird, die der Zustimmung des Aufsichtsrats bedürfen
- oder
- b) dass in anderer Weise nach Eintritt des neuen Großaktionärs seitens des Aufsichtsrates auf die Arbeit des Vorstandes im Sinne einer Einengung der bisherigen Freiheit bei der Leitung des Unternehmens, insbesondere durch dienstrechtlich gestützte Veränderungen der Zusammenarbeit zwischen Aufsichtsrat und Vorstand, Einfluss genommen wird.

Die Verträge enthalten weitere Detailregelungen, unter anderem zu Einzelheiten der Kündigungsfristen. >>

Für das Geschäftsjahr 2007 wurden die nachfolgenden Vergütungen gewährt:

	TEUR
Vorstandsmitglied André Bütow	
Fixe Vergütung	279
Variable Vergütung	300
Sachbezüge	10
Vorstandsmitglied Peter Zahn	
Fixe Vergütung	279
Variable Vergütung	300
Sachbezüge	10

Die Vergütung des Aufsichtsrats der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG bemisst sich nach dem Beschluss der Hauptversammlung vom 20. Juni 2007. Danach erhält jedes Mitglied des Aufsichtsrats eine fixe Vergütung in Höhe von TEUR 37,5. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält TEUR 50. Erstattet werden auch aufgrund der Ausübung des Amtes entstehende Auslagen einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer).

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Bezüge der Aufsichtsratsmitglieder. Ausgewiesen werden die Aufwendungen des Geschäftsjahres 2007. Diese unterteilen sich in die Erhöhung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2006 gemäß Hauptver-

sammlungsbeschluss vom 20. Juni 2007 sowie die Vergütung für das Geschäftsjahr 2007. Für das Geschäftsjahr 2007 hat der Aufsichtsrat auf insgesamt TEUR 38 zzgl. Mehrwertsteuer seiner Bezüge verzichtet, damit insgesamt auf TEUR 45.

	TEUR	Vergütung für das Geschäftsjahr 2007	Erhöhung der Vergütung für das Geschäftsjahr 2006
Jochen von Ciriacy-Wantrup			
Aufsichtsratsvorsitzender (ohne Mehrwertsteuer)		45 (38)	42 (35)
Aribert Lieske			
Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender (ohne Mehrwertsteuer)		30 (25)	33 (28)
Thomas Schult			
Aufsichtsratsmitglied (ohne Mehrwertsteuer)		30 (25)	35 (28)

Die Gesellschaft hat eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die jährlich zur Prolongation ansteht. Die Versicherung deckt die persönlichen Haftungsrisiken für den Fall ab, dass der versicherte Personenkreis bei Ausübung seiner Führungstätigkeit für Vermögensschäden in Anspruch genommen wird.

Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG zu den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ gem. § 161 AktG

Die Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG entspricht den Empfehlungen der „Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex“ (Stand 14. Juni 2007), soweit sie derzeit auf die Gesellschaft anwendbar sind, mit den nachfolgend aufgeführten Ausnahmen:

Ziffer 4.2.1

Der Vorstand der Gesellschaft hat keinen Vorsitzenden oder Sprecher. Der Vorstand der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG besteht aus zwei gleichberechtigten Mitgliedern. Die Ernennung eines Vorsitzenden oder Sprechers ist derzeit nicht vorgesehen. Die Gesellschaft verfügt über eine Geschäftsordnung für den Vorstand.

Ziffer 4.2.2

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verfügt nur über drei Mitglieder. Deshalb bildet der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG keine Ausschüsse.

Ziffer 4.2.3

Die Grundzüge des Vergütungssystems des Vorstands werden im Geschäftsbericht erläutert. Ein Aktienoptionsplan oder eine vergleichbare Gestaltung für Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung und Risikocharakter bestehen nicht.

Ziffer 5.1.2

Die Gesellschaft ist der Auffassung, dass das Alter eines Organmitglieds für dessen Qualifikation nicht entscheidend ist. Deshalb hat sie keine Altersgrenzen für Vorstandsmitglieder festgelegt.

Ziffer 5.3

Der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG verfügt nur über drei Mitglieder. Deshalb bildet der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG keine Ausschüsse.

Ziffer 5.3.2

Insbesondere die Bildung eines separaten Prüfungsausschusses (Audit Committee) ist nach Ansicht der Gesellschaft aufgrund des überschaubaren Umfangs der Rechnungslegung und des Risikomanagements sowie des Umstandes, dass der Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG nur über drei Mitglieder

verfügt, entbehrlich. Alle Mitglieder des Aufsichtsrats verschaffen sich ein Bild über die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer; der Prüfungsauftrag wird vom gesamten Aufsichtsrat erteilt, der auch die Prüfungsschwerpunkte festlegt und sich mit der Honorarvereinbarung befasst.

Ziffer 5.4.1

Da es bei Mitgliedern des Aufsichtsrates vor allem auf Kenntnisse, Fähigkeiten und fachliche Erfahrungen ankommt, ist die Festlegung einer Altersgrenze für Mitglieder des Aufsichtsrats nicht notwendig und aus Sicht der Gesellschaft auch nicht sinnvoll.

Ziffer 5.4.2

Dem Aufsichtsrat der Lang & Schwarz Wertpapierhandelsbank AG gehören Personen an, die Geschäftspartner der Gesellschaft sind. Diese sind verpflichtet, Fälle von Interessenkonflikten unverzüglich offen zu legen. Die Gesellschaft ist der Ansicht, dass hierdurch eine unabhängige Beratung und Überwachung des Vorstandes durch den Aufsichtsrat sichergestellt wird.

Ziffer 5.4.3

Aus Praktikabilitätsgründen sollen Wahlen zum Aufsichtsrat nicht nur als Einzelwahl durchgeführt werden. Da der Vorsitzende des Aufsichtsrates in erster Linie die Arbeit

des Aufsichtsrates koordinieren soll, muss dieser vor allem das Vertrauen und die Akzeptanz der übrigen Aufsichtsratsmitglieder genießen. Es erscheint daher entbehrlich, den Aktionären Kandidatenvorschläge für den Aufsichtsratsvorsitz bekannt zu geben.

Ziffer 5.4.7

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten neben einer festen keine erfolgsorientierte Vergütung. Durch eine nicht mit dem Unternehmenserfolg verbundenen Vergütung des Aufsichtsrats soll jeder denkbare Interessenkonflikt mit den Kontroll- und Überwachungsaufgaben des Aufsichtsrats vermieden werden.

Ziffer 7.1.2

Der Kodex empfiehlt, dass der Konzernabschluss binnen 90 Tagen nach Geschäftsjahresende öffentlich zugänglich sein soll. Eine Veröffentlichung innerhalb dieser Frist ist aufgrund der zu durchlaufenden innerbetrieblichen Prozesse nicht möglich. Die Gesellschaft wird den Geschäftsbericht aus diesem Grund binnen 120 Tagen veröffentlichen. Die Zwischenberichte werden – wie im Kodex empfohlen – binnen 45 Tagen nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht. Diese Fristen können im Einzelfall geringfügig überschritten werden. Düsseldorf, den 17. März 2008 <>

Herausgeber

Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG
Breite Strasse 34
40213 Düsseldorf

Fon: +49 (0)211 138 40 0
Fax: +49 (0)211 138 40 90

investor-relations@ls-d.de
public-relations@ls-d.de
www.ls-d.de

Redaktion

Lang&Schwarz Wertpapierhandelsbank AG
Haubrok Investor Relations GmbH

Design

visuphil®

